

Geld wächst nicht auf Bäumen – oder doch?

Wie die Natur und deren „Leistungen“ zu Waren gemacht werden



Warum der Markt und das Geld unsere Erde nicht retten... Eine Broschüre über problematische Lösungsansätze im Klima- und Umweltschutz, und darüber, was wir stattdessen tun könnten.



Inhaltsverzeichnis:

Die Welt steht Kopf. Eine neue Ära der Klima- und Umweltpolitik?	1
Alles grün, alles gut?	4
Was ist die Natur wert? Von „Produkten“, „Ökosystemleistungen“ und „Naturkapital“	6
Wie man Bienen bezahlt. „Payments for Ecosystem Services“	8
Wir schützen die Umwelt ...woanders. Biodiversitäts-Offsets – eine Lizenz zur Naturzerstörung	10
Was kostet die Luft? Emissionshandel	12
Weder rot noch grün: Hauptsache REDD?	15
Schlaue Landwirtschaft?.....	18
„There Is No Alternative“. Oder doch!?!	21
GLOSSAR.....	24

HERAUSGEGEBEN VON:



Die Welt steht Kopf

Eine neue Ära der Klima- und Umweltpolitik?

Im Dezember 2015 fand in Paris die 21. Klima-Vertragsstaatenkonferenz der UNO statt: die COP 21 (Conference of the Parties). Seit 21 Jahren treffen sich also Vertreter*innen [1] fast aller Staaten der Erde, um zu verhindern, dass der Klimawandel weiter voranschreitet.

Die deutliche Erderwärmung hängt mit den vermehrten Treibhausgasen (v. a. CO₂) in der Atmosphäre zusammen. Ursache dieser ist wiederum größtenteils die Industrialisierung der Länder des Globalen Nordens seit Ende des 18. Jahrhunderts, als fossile Brennstoffe (Kohle, Erdöl, Erdgas) immer mehr zur Hauptenergiequelle wurden – zur Befeuerung unserer Fabriken, Dampfer, Traktoren, Heizungen, Autos und Flugzeuge.

Schon jetzt führt der Klimawandel zu Dürren, Stürmen, zum Tauen der Polkappen und Gletscher, zum Anstieg des Meeresspiegels, zum Aussterben von Tier- und Pflanzenarten und zu Katastrophen, durch die Tausende ihr Leben lassen müssen – vor allem im Globalen Süden, also in den Ländern, die kaum Schuld tragen am Klimawandel. Laut der Klimawissenschaft würden bei einem Temperaturanstieg von über 1,5°C, ausgehend vom Stand vor der Industrialisierung, viele Inselstaaten und Küstenregionen vom Meer verschluckt werden. Ein Anstieg über 2°C hätte noch fatalere Folgen. Er könnte den Übergang vom derzeit relativ stabilen Klimasystem zu einem der unvorhersagbaren und extremen Wetterereignisse bedeuten. Wenn wir nicht schleunigst angemessene Veränderungen in unserer Gesellschaft und Wirtschaftsweise vornehmen, steuern wir jedoch auf einen Temperaturanstieg von über 4°C bis Ende des Jahrhunderts zu!

„Klimawandel ist teuer“

Im Jahr 2006 schlug der sogenannte Stern-Report wie eine Bombe ein: Sir Nicholas Stern (Ex-Vizepräsident der Weltbank und Mitglied des britischen Adels) berechnete darin die Kosten des Klimawandels. Wenn nichts gegen ihn unternommen würde, so führe das zu einer Verringerung von 5 bis 20 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die

Kosten zur Bekämpfung der Erderwärmung lägen niedriger – ökonomisch mache der Einsatz gegen Klimawandel also Sinn. (Wenige Jahre später gab der mittlerweile zum Lord aufgestiegene Herr Stern übrigens zu, sich verrechnet zu haben, und dass sowohl Schaden als auch Ausgaben deutlich höher anzusetzen seien).

Doch lässt sich das Leben von Pflanzen, Tieren und Menschen so einfach in Excel-Tabellen abrechnen? Was, wenn es billiger ist, Inselstaaten untergehen zu lassen, statt Emissionen zu senken? Der Stern-Report war Wegbereiter dafür, die ökonomische Logik immer mehr Bereiche unseres Lebens bestimmen zu lassen – auch die Klima- und Umweltpolitik. Begriffe wie Naturkapital und Dienstleistungen der Ökosysteme (S. 6-7) sind inzwischen gang und gäbe. Natur soll berechnet und bezahlt (siehe S. 8-9) oder über Biodiversitäts-Offsetting auch handelbar werden (siehe S. 10-11). Naturschutz soll sich rechnen.

So ist es nicht verwunderlich, dass man auf UN-Ebene zur „kostengünstigen“ und „effizienten“ Reduktion der Emissionen in den Ländern des Globalen Nordens ein marktbasierendes Instrument einführt: den Emissionshandel (siehe S. 12-14). CO₂ wurde damit zu einer neuen, handelbaren Ware gemacht.

Obwohl seit 21 Jahren Klimaverhandlungen stattfinden und seit einem Jahrzehnt der CO₂-Handel betrieben wird, haben die Emissionen keineswegs abgenommen, sondern um mehr als 60 Prozent zugelegt. Denn es waren gleichzeitig 21 Jahre der Neoliberalisierung, der Ausweitung des „freien“ Welthandels und der Industrialisierung in vielen weiteren Ländern. 21 Jahre des steigenden Fleischkonsums, der vorangetriebenen Automobilität und des Flugverkehrs, 21 Jahre Privatisierung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

Jetzt aber wirklich? Das Pariser Klimaschutz-Abkommen

Der Pariser Klimavertrag vom 12.12.2015 wurde als großartiger Erfolg gefeiert. Fast alle Länder der Welt versprachen nun, Emissionen zu vermindern und leg-



ten diese in freiwilligen „Reduktionsplänen“, den sogenannten NDCs (Nationally Determined Contributions) fest. Wie reduziert wird, kann jedes Land selbst entscheiden. Insgesamt setzte man sich zum Ziel, bis zum Jahr 2100 und ausgehend vom vorindustriellen Niveau „die Klimaerwärmung auf deutlich unter 2°C zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu beschränken“.

Doch wie sieht es mit der Umsetzung aus? Die NDCs sind freiwillig, es ist also nicht sicher, ob sie überhaupt eingehalten werden. Und selbst falls alle Staaten ihre Ziele einhielten und erreichten, würde die Temperatur laut Berechnungen dennoch um rund 3,5°C ansteigen! Der Vertrag tritt außerdem erst ab 2020 in Kraft – zu spät, angesichts der Dringlichkeit der Lage.

Wirklich problematisch ist auch, dass die einzigen Klimaschutzmaßnahmen, die im Pariser Abkommen angeschnitten sind, auf die CO₂-Messung, auf technologische Entwicklungen und **marktbasierte** Instrumente, insbesondere **Emissionshandel** und **REDD+** (S. 15-17), abzielen. Also auf Maßnahmen, die bisher noch nicht zur Senkung von Emissionen beigetragen haben und viele negative Konsequenzen mit sich bringen.

Währenddessen wird nicht bei den tatsächlichen Ursachen des Klimawandels angesetzt. Im Text des Abkommens ist kein einziges Mal die Rede von fossilen Brennstoffen, von Kohle, Öl oder Gas. Auch die Auswirkungen des globalisierten Handels und Verkehrs auf die Emissionen finden keine Erwähnung – obwohl sie wesentlich für die Klimaerwärmung

verantwortlich sind. Und selbst die **Menschenrechte** und **Geschlechtergleichheit** fielen aus dem Vertragstext heraus – obwohl sowohl Klimawandel als auch Klimaschutzprojekte leider häufig zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen führen und Frauen oft anders betreffen als Männer. [2]

Seit Beginn der internationalen Klimaverhandlungen wird erklärt, dass Wirtschaftswachstum nicht beeinträchtigt werden sollte. Doch kann die Erderwärmung erfolgreich eingedämmt werden, ohne unsere Handelspolitik, die Energiepolitik, Landwirtschaftspolitik und Verkehrspolitik zu ändern?

Was der Blick durch die CO₂-Brille übersieht

In der Klimapolitik dreht sich alles um Treibhausgase. Das Praktische daran ist, dass man sich mit dem, was herauskommt, beschäftigen kann – statt mit dem, was hineinkommt. Also eigentlich mit den Folgen statt den Ursachen. Es erzeugt die Illusion, man könne einfach CO₂ hin- und herschieben und ein wenig reduzieren, zum Beispiel, indem man es in die Erde pumpt (wie bei der gefährlichen Technologie **Carbon Capture and Storage**). Es werden bestimmte Berechnungssysteme entwickelt, um Ausstoß und Verminderung von CO₂ zu messen – mit Know-How und Technologien, die vor allem aus dem Globalen Norden kommen und die sich Länder des Globalen Südens teuer kaufen müssen. Weil die Klimapolitik so stark von den mächtigen Industrienationen bestimmt wird, sehen viele soziale und indigene Bewegungen im Globalen Süden darin eine neue Form des



Kolonialismus – in Lateinamerika wird darum auch von „CO₂lonialismo“ gesprochen. Sie fordern stattdessen **Klimagerechtigkeit**.

Währenddessen wird das, was außerhalb der CO₂-Brille liegt, automatisch übersehen. Doch bei der Klima- und Umweltkrise geht es um mehr als um Emissionen. So führt der Abbau fossiler Brennstoffe nicht nur zu Treibhausgasen in der Atmosphäre, sondern hinterlässt auch riesige Gruben und unfruchtbare Mondlandschaften. Und **industrielle Landwirtschaft** benötigt beispielsweise nicht nur fossile Brennstoffe für die vielen Maschinen und chemischen Inputs, sie vermindert auch die Bodenfruchtbarkeit, vernichtet Saatgutvielfalt und **Biodiversität**. Atomenergie wiederum gilt zwar als emissionsneutral, da es sich um eine nicht-fossile Energieform handelt, stellt aber immense Risiken für die Menschheit dar und hinterlässt über Jahrtausende giftigsten Nuklearmüll. Mega-Wasserkraftwerke begraben alte Wälder unter sich und führen zu Vertreibungen von Millionen von Menschen. Legen wir die CO₂-Brille ab, wird sichtbar, dass es viele Gründe gibt, sich gegen klimazerstörerische Projekte zu stellen. Und es wird deutlich, wie notwendig auch der Einsatz gegen problematische Projekte ist, die uns als Klimalösungen verkauft werden.

Auf dem Pariser Klimagipfel warben Atomkonzerne damit, sie seien die klimafreundliche Energie der Zukunft. Einige Länder wollen ihre Emissionsreduktionsziele durch den Bau Dutzender Atomkraftwerke erreichen. Andere durch den Bau von Mega-Wasserkraftwerken. Japan wiederum plant, seine Reduktionen durch den Bau von „saubereren“

Kohlekraftwerken zu erzielen. Unter dem Titel „**Climate Smart Agriculture**“ (S. 18-20) wird unter anderem die Produktivitätssteigerung durch **gentechnisch** verändertes Saatgut und vermehrten **Pestizideinsatz** als Klimalösung propagiert.

Der US-Präsident Obama verkündete in seiner Rede nach der Klimakonferenz: „*Der Vertrag bedeutet kurz gesagt weniger CO₂-Verschmutzung, die den Planeten bedroht, und mehr Jobs und Wirtschaftswachstum, angekurbelt durch Investitionen in Niedrig-Emissionen.*“ [3] Also Hauptsache Wirtschaftswachstum? Weiter wie bisher, nur dieses Mal mit grünem Anstrich? Ist diese **Green Economy** (S. 4-5) tatsächlich die Lösung der Klima- und Umweltkrise?

Infos:

- Artikel zu Ergebnissen der COP 21: <http://system-change-not-climatechange.at/der-pariser-klimavertrag-viel-laerm-um-nichts/>
- Broschüre „System Change, not Climate Change!“: <http://systemchange-not-climatechange.at/broschue-re/>
- Broschüre „Carbon Metrics“: https://www.boell.de/sites/default/files/2015-11-09_carbon_metrics.pdf

Quellen:

[1] Alle farbig markierten Begriffe sind im Glossar erklärt.

[2] siehe z. B. Studie von Carbon Market Watch „Local Realities of CDM Projects. A Compilation of Case Studies“: www.ftwatch.at/wp-content/uploads/2012/05/carbonmarket-watch-case-studies-nov13.pdf

[3] <https://medium.com/act-on-climate/the-president-delivers-a-statement-on-the-paris-climate-agreement-b29fefa02c1e#.kext0ejnj>

Alles grün, alles gut?



„Jetzt mit ReGreen CO₂-neutral Autofahren! Berechne und kompensiere deine CO₂-Emissionen über unsere ökosozialen Klimaschutzprojekte und erhalte den CO₂-Sticker. Tu etwas Gutes für dich, deine Kinder und die Umwelt! Ab 30 € jährlich!“ [1]

Diese Art von Werbung hätte vor wenigen Jahren vielleicht noch stutzig gemacht. Inzwischen wundert sich kaum mehr jemand darüber. Klimaschutz ist durch wenige Klicks, durch eine einfache Überweisung, erledigt. Da haben wir sie, die vielgepriesene „Win-Win-Situation“. Gut für dich und dein Gewissen, gut für die Umwelt, und am allerbesten für die unzähligen neu entstandenen Unternehmen, Börsen und Banken, die auf der grünen Welle reiten.

Grünes Autofahren, grüne Börse, grüne Flügel, grüne Nuklearenergie, grüne Technologie, grünes Wachstum... Alles grün, alles gut?

Green Economy, Green Growth und Bioökonomie

Verschiedene Namen für ein und dieselbe Idee. Das Versprechen lautet, dass wir durch ein „Greening“ der aktuellen Wirtschaft ohne Probleme „unseren“ aktuellen Lebensstandard der Industrieländer wahren können. Die neue Wunderformel soll gleichermaßen das Wirtschaftswachstum ankurbeln, Armut verringern und den CO₂-Ausstoß senken. Dafür soll die fossil-basierte Wirtschaft immer mehr durch bio-basierte Produktion ersetzt werden: Benzin durch Agrartreibstoffe, Kohle durch Wasserkraft, etc. Wo

dennoch Emissionen entstehen, sollen diese „neutralisiert“ werden, das heißt an einer anderen Stelle der Atmosphäre entzogen werden. Das soll z. B. durch CO₂-Speicherung in landwirtschaftlichen Böden, Wäldern oder mittels technologischer Methoden wie Carbon Capture and Storage geschehen.

Doch es ist höchst fraglich, ob der Umbau zu einer „grünen“ Wirtschaft tatsächlich funktionieren kann. Konflikte sind vorprogrammiert. Beispielsweise bekommt der Anbau von Nahrungsmitteln Konkurrenz: Sollen auf fruchtbarem Land eher Lebensmittel angebaut werden oder Agrartreibstoffe für „klimafreundliches“ Benzin? Teller versus Tank. Die starke Erhöhung der Lebensmittelpreise und die damit verbundene Ernährungskrise 2007/2008 hängen eng damit zusammen. Die neuen Plantagen, die grünen Energie-, Waldschutz- und Emissionshandels-Projekte – auch sie sind schuld an der in den letzten Jahren dramatisch gestiegenen Anzahl von Landaneignungen, dem Land Grabbing. Dadurch verlieren unzählige Menschen den Zugang zu ihrem Land und ihren Lebensgrundlagen, oder zumindest die Kontrolle darüber.

Die Idee der Green Economy ist, Klima- und Umweltschutz mit Wirtschaftswachstum zu verbinden. Um das zu erreichen, soll Naturschutz ebenfalls Teil der Wirtschaft und somit profitabel werden. Dies funktioniert beispielsweise durch die Privatisierung von vorher öffentlich oder gemeinschaftlich verfügbaren Gütern, wie Wasser. Oder anstelle von festen Naturschutzgesetzen, die feste Obergrenzen für Zerstörung festlegen, tritt ein Markt (siehe Beispiel Grüne Börse Rio und S. 10-11).

Wer steckt hinter der grünen Wirtschaft?

Vorangetrieben wird die Green Economy von einer prominenten Allianz aus OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen), [Weltbank](#), so manchen großen Umweltschutzorganisationen und grünen Parteien, sowie von vielen Konzernen und Banken.

Peter Bakker ist Präsident des Weltwirtschaftsrats für Nachhaltige Entwicklung WBCSD (World Business Council for Sustainable Development). 1995 gegründet, umfasst er inzwischen rund 200 multinationale Konzerne, darunter befinden sich auch nicht gerade für ihre Nachhaltigkeit berühmte Namen wie Coca Cola, Shell, Bayer, Rio Tinto oder bp. Bakker zeigt sich hoffnungsvoll:

„Ich denke, langsam aber sicher werden die Unternehmen und die Regierungen gleichberechtigte Partner werden. Momentan ist das vielleicht eher noch eine Wunschvorstellung aber ich glaube, dass sich die Dinge in diese Richtung entwickeln werden. Die weltweite Umweltkrise können wir nur lösen, wenn Unternehmen und Staaten gleichberechtigt zusammenarbeiten.“ [2]

Was für die Konzerne eine Wunschvorstellung sein mag, ist für andere eher eine Drohung. Führt die

zunehmende Macht dieser Konzerne nicht eher zu noch mehr Umweltzerstörung? Während in demokratischen Staaten die Bürger*innen (zumindest theoretisch) Einfluss auf ihre Regierung und die Gesetze nehmen können, ist dies bei Konzernen nicht der Fall: Diese handeln ganz klar mit dem Ziel des eigenen Profits. Chef*in ist die Person, die Geld hat und die Firma besitzt, und nicht, wer gewählt wurde.

Welchen Grund hat es dann, dass immer mehr auch Banken und Konzerne Interesse zeigen an einer grünen Ökonomie? Weil sie plötzlich ein Herz für Tiere und Pflanzen entdeckt haben? Oder, weil sie ein starkes Interesse daran haben, sich den größtmöglichen Anteil an den knapper werdenden Ressourcen zu sichern? Land oder Wasser eignen sich hervorragend zur Spekulation auf den Finanzmärkten. Doch der Handel mit Emissions-, Wald- und Biodiversitäts- oder Bodengutschriften (siehe S. 10-20) birgt nicht nur Profitchancen, sondern auch die Möglichkeit, weiter die Natur zu zerstören oder [Treibhausgase](#) auszustoßen, wie bisher. Schließlich kann man sich darüber freikaufen von der Verpflichtungen, bestimmte Grenzen von Umweltzerstörung einzuhalten. Je mehr Bereiche über den Markt geregelt sind, anstatt über den Staat und strenge Naturschutzgesetzgebung, desto mehr wächst der Einflussbereich derer, die Geld haben. Und desto mehr sind diejenigen ausgeschlossen, die keines haben.

Beispiel: Die grüne Börse in Brasilien

„Ziel ist es, Umweltgesetzgebung in handelbare Instrumente zu transformieren“, so Pedro Moura Costa, Gründer der „Grünen Börse BVRio“. [3] Unter dem alten brasilianischen Forstgesetz mussten diejenigen Waldbesitzer*innen, die mehr abholzten, als sie durften, mit Strafen rechnen. Die Gesetzesreform 2012 schuf eine neue Möglichkeit: Die Waldbesitzer*innen können nun über die neue „Grüne Börse BVRio“ Waldrestaurations-Gutschriften erstehen und sich somit von ihrer Pflicht freikaufen, nicht zu viel Wald abzuholzen. Eine Gutschrift zählt als Versprechen, dass jemand anderes an einem anderen Ort einen Hektar „vergleichbares“ Waldökosystem renaturiert oder aufforstet. Insgesamt soll das dann genauso viel Wald sein, wie abgeholzt wurde. Die Besitzer*innen von Land mit hohen Grundstückspreisen können also mit der profitablen Abholzung und möglicherweise Bebauung oder Umwandlung in Agrarland fortfahren. Sie brauchen sich nur billigere Gutschriften zu kaufen – zum Beispiel von Regionen, in denen die Abholzungsgefahr aufgrund der Entfernung von Straßen und Infrastruktur ohnehin deutlich niedriger ist. Eine Gutschrift kann mehrmals gehandelt werden, bevor sie mit dem Zweck gekauft wird, eine über den gesetzlichen Grenzwert hinausgehende Abholzung auszugleichen – es kann also damit gehandelt und spekuliert werden. Eine ökonomische Win-Win-Situation also: Praktisch für die Waldbesitzer*innen und profitabel für Finanzmarktakteure. ...doch ist es sinnvoll für den Wald? [2]

Infos:

- Broschüre „Schöne grüne Welt“: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_GreenEconomy_dt_10-2015.pdf
- Dossier „Green Grabbing und Bioökonomie“: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?cat=928>
- Buch von Fatheuer/ Fuhr/ Unmüßig „Kritik der Grünen Ökonomie“: <http://www.boell.de/de/2015/10/20/kritik-der-gruenen-oekonomie>
- Buch von Heuwieser „Grüner Kolonialismus in Honduras – Land Grabbing im Namen des Klimaschutzes“: <http://www.ftwatch.at/gruener-kolonialismus/>

Quellen:

- [1] www.regreen.at
- [2] aus Film „Natur – Spekulationsobjekt mit Zukunft“: <https://www.youtube.com/watch?v=bFXv4EdCfXI> (Minute 46)
- [3] Jutta Kill „Trade in Ecosystem Services“: www.wrm.org.uy/html/wp-content/uploads/2014/04/Trade-in-Ecosystem-Services.pdf, S. 6, 27

Was ist die Natur wert?

Von „Produkten“, „Ökosystemleistungen“ und „Naturkapital“

Sprache ist nie neutral. Sie sagt viel über die Geschichte, Kultur und Lebensweise der Gesellschaft aus, in der die Sprache entstand und entsteht. Sprache schafft Realitäten. Die Begriffe, mit denen wir aufwachsen und tagtäglich konfrontiert werden, beeinflussen, wie wir unser Umfeld wahrnehmen – und auch, wie wir damit umgehen. In dem Begriff Natur steckt beispielsweise die Überzeugung, dass es eine klare Grenze gibt zwischen Mensch und Natur bzw. Kultur und Natur. Der Mensch steht in dieser Vorstellung über der Natur, kann sie nutzen und mit ihr interagieren. Er kann sie aber auch kontrollieren und die „natürlichen Ressourcen“ ausbeuten. Viele andere Sprachen hingegen haben kein vergleichbares Wort für Natur. Es gibt Wörter für spezielle Orte, die in das Leben der Gemeinde eingebunden sind. Manche sprechen von „Mutter Erde“, andere von „Territorium“. Die Vorstellung folgt hier weniger einer Trennung von Mensch und Natur, sondern beides wird in einem Zusammenhang gedacht – was auch Auswirkungen auf die Umgangsweise mit der Umwelt hat.

Inzwischen setzen sich neue Begriffe für unsere Umwelt durch – und schaffen neue Realitäten. Es handelt sich dabei um Begriffe aus der Sprache der Ökonomie, die zum Ziel haben, den Wert der Natur für die Wirtschaft und den Finanzmarkt sichtbar zu machen. Der Wert der Natur ist nach der ökonomischen Logik dann groß, wenn diese viel Geld kostet. Der Begriff „**Naturkapital**“, der seit wenigen Jahren boomt, macht dies am deutlichsten. Doch auch das Konzept der „**Ökosystemleistungen**“ ist sehr wichtig für die ökonomische Bewertung der Natur und das, was aus ihr folgt: der Handel mit den neuen Naturwaren (siehe S. 8-17).

Die Dienstleistungen der Ökosysteme

„**Produkte**“ der **Ökosysteme** wie Äpfel, Holz, Honig oder Erdöl haben schon lange einen Preis. Dieser hängt eigentlich damit zusammen, wie viel menschliche Arbeit in dem Produkt steckt, um es zu sammeln, zu verarbeiten und zu verkaufen. Gegenwärtig richtet sich der Preis jedoch meistens am schwankenden Weltmarkt, an Angebot und Nachfrage aus.

Beispiele:

Mapping and Assessment of Ecosystems and their Services (MAES): Die Biodiversitäts-Strategie 2020 der Europäischen Union (EU) sieht vor, dass alle Mitgliedsstaaten die Ökosystemleistungen in ihren Ländern messen, quantifizieren und kartieren. Dies hängt eng mit dem Ziel zusammen, eine Gesamtgröße für das Naturkapital zu berechnen (das sogenannte **Natural Capital Accounting**), also den finanziellen Wert der Natur zu ermitteln. Der neue Naturkapital-Wert soll dann z. B. im Bruttoinlandsprodukt (BIP) aufscheinen.

WAVES-Partnership: Das Naturkapital Guatemalas sei (ungefähr) 105 Milliarden Euro, oder 12.338 Euro pro Kopf, wert, heißt es auf der Website des von der **Weltbank** initiierten Programms „**Wealth Accounting and the Valuation of Ecosystem Services**“. Die Wälder, Flüsse, Bienen, Käfer, Affen, die verschiedensten Ökosystemleistungen – sie alle erhielten dabei einen Geldwert. Doch hat der Wald für einen Banker den gleichen (Geld-) Wert wie für die indigene Gemeinde, die darin wohnt? Nach erfolgreichen Testläufen in Guatemala und anderen Ländern des **Globalen Südens** will WAVES das Naturkapital-Berechnungssystem dann auf der ganzen Welt umsetzen. Erklärtes Ziel ist, das Naturkapital in die Wirtschaft einzubinden, um Armut zu verringern – doch ob soziale Ungleichheit einfach damit erledigt ist, wenn Natur bepreist und zur Ware gemacht wird, ist höchst fraglich. Es kann stattdessen zu noch höherer Ungerechtigkeit führen. [2]

Was bisher noch keinen Preis hatte, waren „**Funktionen**“ der Ökosysteme, also die Arbeit, die die Natur leistet – kurz gesagt die Dienstleistungen der Ökosysteme, die nützlich sind für den Menschen: Die Klimaregulation von Bäumen, die das Treibhausgas CO₂ speichern (**Senkenfunktion**), die Erholungsfunktion von Wäldern, die Bestäubungsleistung von Bienen, etc.

Vor etwa 40 Jahren wurde das Konzept „**Ökosystemleistungen**“ geprägt. Mit ihm wurde Natur zerteilbar und (teilweise) berechenbar gemacht. Befürworter*innen des Konzepts argumentieren, dass damit der Wert der Natur für die Menschen sichtbar würde. Doch immer häufiger wird der

Wert ökonomisch berechnet. Die einzelnen Leistungen der Natur werden quantifiziert und **monetarisiert**, d. h. ihnen wird ein Geldwert verpasst. Wenn ein Markt für diese Leistungen geschaffen wird, kann sie auch zur Ware werden (**Inwertsetzung**). Wird die Ware am Finanzmarkt gehandelt, spricht man von der **Finanzialisierung** der Natur.

„Nicht alles was zählt, kann gezählt werden, und nicht alles, was gezählt werden kann, zählt!“

Albert Einstein brachte es mit diesem Satz schon damals auf den Punkt. Obwohl Natur höchst komplex und je nach Lokalität anders ist, wird versucht, sie zu berechnen. Denn Natur soll sich rechnen. Aus ihr soll so viel Kapital wie möglich geschlagen werden – das „Naturkapital“. Aber wie soll gemessen werden, wie viel die „Erholungsleistung“ eines Flusses wert ist, wie viel die Schönheit des Flusses oder dessen Bedeutung für die dort lebenden Gemeinden? Letztendlich können nur diejenigen Aspekte der Natur ökonomisch bewertet werden, die auch ökonomisch messbar sind, wie zum Beispiel die Energieproduktionskapazität des Flusses, dessen Wassermenge oder die Anzahl der darin gefischten Fische. Wertvoll wird, was berechenbar ist. Unsichtbar, was nicht berechenbar oder was für das Kapital ökonomisch unwichtig ist. Die Zahlen, die schlussendlich veröffentlicht werden, verschleiern, was alles nicht berechnet wurde – und ergeben deshalb meist eine verfälschte und eindimensionale Realität. Die Konsequenz aus solchen Berechnungen kann dann sein, dass, da die Energieproduktionskapazität des Flusses die wertvollste Dienstleistung ist, ein Wasserkraftwerk gebaut wird – anstatt dessen natürlichen Verlauf zu bewahren.

Geld regiert die Welt...

Verfechter*innen der ökonomischen Naturbewertung sind weiterhin der Meinung, dass die Umwelt endlich geschützt werden würde, wenn Natur und Naturzerstörung für die Wirtschaft als Geldwert sichtbar seien. Dabei sind die Ursachen für Umweltzerstörung schon hinreichend bekannt. Trotzdem

zeigen immer mehr Banken und Konzerne Interesse an der Inwertsetzung und Finanzialisierung der Natur. Setzen sie sich plötzlich für Umweltschutz ein, weil sie einsichtig geworden sind? Vermutlich nicht. Geldangelegenheiten und Investitionen in die Märkte der Zukunft sind ihr „täglich Brot“, das sie nun auch auf neue Bereiche ausdehnen können: Auf die Natur und ihre „Dienstleistungen“. Und je mehr sich in Geld ausdrücken lässt, desto interessanter wird es für sie... Verlieren wir nicht automatisch, wenn wir die Sprache derjenigen annehmen, deren Interesse Wirtschaftswachstum und Profit ist, statt Umweltschutz und Gerechtigkeit?

Infos:

- Film „Natur – Spekulationsobjekt mit Zukunft“: <https://www.youtube.com/watch?v=bFXv4EdCfXI>
- Filmclip zur Finanzialisierung der Natur: <https://vimeo.com/44485947>
- Infos zu Aspekten der Finanzialisierung der Natur: <http://www.ftwatch.at/finanzialisierung-der-natur/>
- Heft von Fatheuer „Neue Ökonomie der Natur“: https://www.boell.de/sites/default/files/neue-oekonomie-d-natur-2.auf1-v01_kommentierbar.pdf
- Heft von Kill „Ökonomische Bewertung von Natur“: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Oekonomische_Bewertung_von_Natur_2015.pdf

Quellen:

[1] http://moderncms.ecosystemmarketplace.com/repository/moderncms_documents/PES_Matrix_Profiles_PROFOR.1.pdf, S. 4 [eigene Übersetzung]

[2] <http://www.wavespartnership.org/en/guatemala-joins-waves-advance-natures-role-economic-growth>



Wie man Bienen bezahlt

„Payments for Ecosystem Services“ (PES)



„Der ökonomische Wert der Bienenbestäubung beträgt weltweit ungefähr 256 Mrd. Euro“, schreibt Greenpeace bei ihrer Bienenkampagne. In einer anderen Studie heißt es: „Weltweit sorgen die kleinen Arbeiter für eine Wertschöpfung von etwa 200 Milliarden Euro“. [1]

Gut, über den genauen Betrag ist man sich nicht ganz einig – jedenfalls scheint die von den Bienen erbrachte Dienstleistung „Bestäubung“ viel Geld wert zu sein. Die Schlussfolgerung der Studie lautet: „Geht das derzeitige Bienensterben ungebremst weiter, würde das einen riesigen finanziellen Schaden verursachen“, nämlich „bis zu 300 Milliarden Euro“. [1] Wie wird das berechnet? Zum Beispiel, indem der „Wert“ der von Bienen bestäubten Pflanzen zusammengezählt wird, die schon einen Geldwert am Markt haben: Nahrungsmittel, nachwachsende Rohstoffe, etc. So fallen aus der Berechnung diejenigen Pflanzen heraus, die keinen (Geld-) Wert für uns Menschen haben. Teilweise wird der Wert des Bienenverlusts auch danach bestimmt, wie teuer die Bestäubung wäre, würde sie von Menschen oder Drohnen geleistet werden.

Was ist die Konsequenz aus der Berechnung? Sollte, um die Bienen zu retten, den fleißigen Arbeiterinnen endlich ein gerechter Lohn für ihre Dienstleistung gezahlt werden? Das ist natürlich nicht möglich. Was der berechnete Geldwert eigentlich sagen will, ist, dass es billiger kommt, Bienen zu schützen, als sie sterben zu lassen. Wenn aber nun die Bestäubungsleistung von anderen billiger übernommen wird – zum Beispiel von schlecht bezahlten Menschen oder einer neuen Drohnengeneration, haben dann unsere Dienstleisterinnen, die Bienen, ausgesorgt? [2]

Dies klingt natürlich etwas übertrieben und absurd. Doch führt die ökonomische Bewertung zu genau solchen „Kosten-Nutzen-Analysen“. Letztendlich zählt das Argument Euro, statt die Abwägung, ob nicht das Bienenleben an sich einen Wert hat. Anstatt zu behaupten, der Bienenwert betrage 256 Mrd. Euro, hätte man auch sagen können, dass Bienen fundamental wichtig für die Natur sind, dass im Falle des Bienensterbens auch unzählige Pflanzen sterben müssten und selbst der Mensch massive Schwierigkeiten hätte, sich zu ernähren. Die Konsequenz wäre, Bienen zu schützen – und damit die Ursachen des Bienensterbens zu bekämpfen, darunter insbesondere den hohen Pestizideinsatz in der Landwirtschaft. Diese und andere Ursachen sind lange bekannt, geändert hat sich bisher kaum etwas – trotz Berechnungen.

Die „Bezahlung von Ökosystemleistungen“ (PES) – Teil der Lösung oder Teil des Problems?

Damit Natur und Ökosystemleistungen geschützt werden, soll nicht nur ihr ökonomischer Wert sichtbar gemacht werden. Sie sollen auch bezahlt werden. Natürlich nicht die Biene als „Dienstleisterin“ sondern ihre „Besitzer*innen“. So denkt auch Pavan Sukhdev, ehemaliger Manager der Deutschen Bank und Koordinator der berühmten TEEB-Studie: „Derzeit bezahlt niemand für die Leistungen, die uns Ökosysteme bieten. Deshalb erhalten die Menschen, die diese Systeme erhalten sollen, auch kein Geld dafür. Es fehlt also ein wirtschaftlicher Anreiz, das Richtige zu tun. Deshalb müssen wir erst einmal einen Markt schaffen.“[3]

Genau dies wird derzeit getan. Man arbeitet fleißig an der Ausarbeitung und Umsetzung verschiedenster Marktmodelle für diese neuen Waren, bestehend aus Dienstleistungen der Natur. Darunter fallen vor allem PES (Payment for Ecosystem Services), Biodiversitäts-Offsets (S. 10-11) oder auch REDD+ (S. 15-17).

Die Idee von PES ist, dass die „Besitzer*innen“ der Natur, welche die Bereitstellung der Ökosystemdienstleistungen garantieren und kontrollieren, von den Nutzer*innen dieser Leistungen oder dem Staat bezahlt werden. Derzeit passiert so etwas Ähnliches teilweise schon durch eine Art von Subvention, z. B. indem Bergbäuerinnen und -bauern finanzielle Zuschüsse dafür bekommen, dass sie zur umweltgerechten Erhaltung von Almwiesen beitragen. **Marktbasierte** Formen der PES, auf denen mit Beiträgen zum Umweltschutz gehandelt wird, wurden dafür bisher kaum als nötig erachtet. Eine **Monetarisierung** der Natur ist für diese Subventionen nicht nötig – dies wäre viel zu komplex und aufwendig.

Doch derzeit werden immer mehr marktbasierende und auf Berechnungen und Monetarisierung aufbauende Arten von PES gefordert und vorangetrieben – was einen fundamentalen Unterschied bedeutet und die Natur zu einer neuen (auch auf dem Finanzmarkt) handelbaren Ware macht. Auch diejenigen PES-Systeme, die derzeit als staatlich regulierte Mechanismen geplant werden, können in Folge jederzeit wegen Geldmangel oder genügend Druck der Wirtschafts- und Finanzlobby für den freien Markt geöffnet werden.

Beruhend auf bisherigen Erfahrungen gibt es zahlreiche Kritikpunkte an PES

Insbesondere in Ländern des Globalen Südens (wie in Costa Rica), in denen PES umgesetzt wurde, ist sichtbar, dass die Zahlungen entgegen dem erklärten Ziel, Armut zu bekämpfen, tendenziell eher den Großgrundbesitzer*innen oder wohlhabenderen Gemeindemitgliedern dienen und **Landkonflikte häufig verstärken**. Dort, wo keine klaren Besitzrechte von Natur definiert sind, müssen diese geschaffen werden. Das kann z. B. zur **Privatisierung** von indigenem Gemeindeland führen. [5] PES verändert häufig Lebensweisen und das **Verhältnis zur Natur** der betroffenen Bevölkerung. War das Leben in einer intakten Umwelt vorher selbstverständlich, wird Umweltschutz nun an Geldzahlungen gebunden. „Ich schütze den Wald, weil ich dafür Geld bekomme“, heißt es dann. Und wenn plötzlich kein Geld mehr fließt, z. B. wegen schwankenden Marktpreisen, ist die wahrscheinliche Konsequenz: „Ich brauche inzwischen aber das Geld, vielleicht sollte ich statt unbezahlt Bäume schützen lieber Bäume fällen und das Holz verkaufen.“ Damit kann der Marktmechanismus auch kontraproduktiv sein.

Beispiel: Der Preis für Bienen und Kaffee

Laut einer Studie sparte sich der Eigentümer der Kaffeeplantage Finca Sante Fé in Costa Rica jedes Jahr rund 60.000 USD, weil im benachbarten Wald Wildbienen in Naturwäldchen leben. Ohne diese hätte er sich Bienenstöcke zur Kaffeebaumbestäubung mieten müssen. So wurde ein Vertrag zwischen Plantagenbesitzer und Waldbesitzer abgeschlossen – und dies als Positivbeispiel für PES gefeiert. Doch kurz darauf brach der Kaffeepreis auf dem Weltmarkt ein und aus der Kaffeeplantage wurde eine Ananasplantage. Für Ananas ist Bienenbestäubung nicht notwendig. Bestäubung durch Fledermäuse und Kolibris senkt sogar teilweise den Ertrag – und vermutlich leben auch diese im Wäldchen nebenan. Der Wert der Bienen und des Waldes sank plötzlich dramatisch durch externe, unbeeinflussbare Umstände. In der Logik von Kosten-Nutzen-Rechnungen und PES wäre die ökonomisch günstigste Konsequenz für den Plantagenbesitzer, entweder den Besitzer des Wäldchens dafür zu bezahlen, dieses abzuholzen, oder ihn für Ertragseinbußen verantwortlich zu machen. In diesem Fall würde die ökonomische Bewertung nicht zum Naturschutz beitragen. [5]

Infos:

- Heft von Kill „Trade in Ecosystem Services“: <http://www.wrm.org.uy/html/wp-content/uploads/2014/04/Trade-in-Ecosystem-Services.pdf>, S. 12 ff

Quellen:

[1] <http://bienenschutz.at/:www.welt.de/wirtschaft/article118031104/Bienensterben-vernichtet-bis-zu-300-Milliarden-Euro.html>

[2] Fatheuer „Neue Ökonomie der Natur“: https://www.boell.de/sites/default/files/neue-oekonomie-d-natur-2.auf1-v01_kommentierbar.pdf, S. 40

[3] http://www.focus.de/wissen/natur/tiere-und-pflanzen/artenschutz/interview-der-wert-der-artenvielfalt_aid_304636.html

[4] Kill „Trade in Ecosystem Services“: <http://www.wrm.org.uy/html/wp-content/uploads/2014/04/Trade-in-Ecosystem-Services.pdf>, S. 12 ff

[5] Kill „Ökonomische Bewertung von Natur“: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Oekonomische_Bewertung_von_Natur_2015.pdf, S. 41 f

Wir schützen die Umwelt ..woanders

Biodiversitäts-Offsets – Eine Lizenz zur Naturzerstörung

Ein Gedankenexperiment

Nehmen wir einmal an, es wird ein großes Bergwerk gebaut. Und zwar in einem Naturschutzgebiet, einem jahrhundertalten Wald, in dem seltene Tiere und Pflanzen leben. Eigentlich besagt das Gesetz, dass in Naturschutzgebieten nichts gebaut und zerstört werden darf. Doch in vielen Ländern wird derzeit ein neues Instrument eingeführt:

Biodiversitäts-Offsetting, häufig auch Ausgleichs- oder Kompensationsmechanismus genannt, ermöglicht, dass Biodiversität zerstört werden darf, indem andernorts zusätzlich Biodiversität geschützt oder sozusagen „neu kreiert“ wird.

Es gibt verschiedene Arten von Biodiversitäts-Offsets. Je nach Ausgestaltung kann die Bau-firma entweder selbst ein anderes Gebiet, das eine (scheinbar) „äquivalente“ oder vergleichbare Biodiversität enthält, besonders schützen, oder eine biodiversitätsarme Region wieder biodiversitätsreicher machen, zum Beispiel durch das Pflanzen von Bäumen. Immer mehr gibt es jedoch auch Formen von Biodiversitäts-Offsets, bei denen sich der oder die Projektbetreiber*in nicht selbst um die Ausgleichsfläche kümmern muss, sondern einfach Offset-Gutschriften kaufen kann, beispielsweise bei den neu entstehenden „Habitat Banks“ oder „Species Banks“. Diese Gutschriften gelten dann als Garantie dafür, dass jemand anderes Biodiversität für einen schützt.

Der Bergbaukonzern findet solch ein Instrument natürlich höchst praktisch. Doch die im Wald lebenden Gemeinden sind keineswegs begeistert, als sie vom Bergbauprojekt erfahren. Sie haben ein enges Verhältnis zu ihrer Umgebung, jahrhundertlang wohnen ihre Vorfahren schon dort. Durch die Mine wären ihre Lebensgrundlagen stark eingeschränkt, sie müssten vermutlich umgesiedelt werden. Auch für die Tiere im Regenwald hätte das Projekt fatale Folgen. Darum wehren sich die Gemeinden gegen das Projekt.

Doch der Projektbetreiber und die Regierung sind der Meinung, dieser Widerstand sei nicht berechtigt. Schließlich wird Biodiversität geschützt. Nur halt woanders.

Klingt komisch, ist aber so

Das Gedankenexperiment ist leider kein Hirngespinnst, sondern vielerorts ernste Realität. Weltweit, auch von der Europäischen Union (EU), wird dieser Mechanismus vorangetrieben. Schließlich erlaubt er, dass wir die Umwelt zerstören wie bisher

– und dennoch (scheinbar) Netto Null Naturzerstörung haben. Netto Null – das ist eine neue Zauberformel, die Gewinne für (scheinbar) alle ermöglicht. Eine Win-Win-Situation. Denn Offsets dienen gleichzeitig dazu, dass Naturschutz auch profitabel werden kann. Umweltministerien freuen sich, wenn ihre leeren Kassen durch private

Firmen aufgebes-sert werden. Neue Firmen und Banken entstehen, um über den Handel mit Gutschriften Profite zu machen.

Gewinne für alle? Nicht für die lokalen Gemeinden und sicherlich nicht für die Biodiversität.

Unter den Akteuren, die besonders an Offsets interessiert sind, befinden sich allen voran Unternehmen wie die Erdölkonzerne

BP und Shell oder der Bergbaukonzern Río Tinto, Privatbanken wie Goldman Sachs und JP Morgan, in Kooperation mit großen Naturschutzverbänden, UN- und nationalen Entwicklungsorganisationen. Zahlreiche Initiativen sind in den letzten Jahren aus dem Boden geschossen, um die Durchsetzung der Offsets voranzutreiben, insbesondere „Business & Biodiversity-Plattformen“ auf nationaler oder EU-Ebene oder das „Business and Biodiversity Offsets Programme“ (BBOP). [1] Dass hinter einem Offset-System in Wahrheit ein finanzielles Interesse steht, verdeutlicht, dass das Ziel dieses neu geschaffenen Handels in erster Linie Profit und nicht Umweltschutz ist.



Sechs Gründe gegen Biodiversitäts-Offsetting

1) Pflanzen und Tiere sind unersetzbar und nicht „äquivalent“ miteinander: Um Offsets zu rechtfertigen, müssen viele Vereinfachungen vorgenommen werden, die meist denselben Projektbetreiber*innen, die die Berechnungen anstellen, dienlich sind. Natur in all ihrer Vielfalt, Komplexität, lokalen Spezifität und kulturellen Eingebundenheit wird in „äquivalente“ bzw. vergleichbare Ökosystem-Einheiten abgepackt. Sie wird berechnet und meist monetär bewertet. Denn Geldwerte sind vergleich- und tauschbar, während es z. B. Bienen mit Ameisen nicht sind.

2) Auch die zeitliche Komponente wird bei Offsets selten berücksichtigt: Damit die „neu hergestellte“ Biodiversität tatsächlich annähernd „ausgeglichen“ wird, müsste die Offset-Fläche meist jahrzehnte- oder jahrhundertlang geschützt werden. Wer aber garantiert, dass nach dem Stopp von Zahlungen nicht auch der Schutz gestoppt wird?

3) Offsetting ignoriert nicht nur die ökologische, sondern auch die soziale Dimension, etwa die Verbundenheit der lokalen Bevölkerung mit ihrer Umwelt. Lokale Widerstände gegen die Zerstörung ihrer Umgebung werden außerdem leichter als ungerechtfertigt zurückgewiesen, da Projekte ja scheinbar dem

Naturschutz dienen. Demokratische Entscheidungsprozesse drohen so, ausgehebelt zu werden, da eher Kosten-Nutzen-Rechnungen im Vordergrund stehen als die Bedürfnisse von Menschen und Umwelt.

4) Zusätzlichkeit? Ein Ausgleichs-Projekt wird offiziell nur dann als Offset-Projekt akzeptiert, wenn es nicht ohnehin durchgeführt worden wäre. Es ist aber selten nachprüfbar, ob ein Projekt tatsächlich zusätzlich ist, also nicht ohnehin geplant war. Wer garantiert, dass ein Gebiet nicht auch ohne Zahlungen geschützt worden wäre? Was in der Zukunft passiert wäre, ist oft reine Spekulation – oder schlichtweg Betrug, was durchaus nicht selten vorkommt. [2]

5) Kein Netto Null: Bisherige Erfahrungen mit langjährigen Biodiversitäts-Offset-Programmen in Australien, den USA und Kanada haben bewiesen, dass die Mehrheit der Projekte ihre Ziele der „No Net Loss“ (Netto Null Verlust) nicht erreicht haben. [3]

6) Offsets koppeln Naturschutz an Naturzerstörung: Der Schutz einer Fläche A wird letztendlich durch die Zerstörung der Fläche B kompensiert und finanziert. Offsets sind somit eine Lizenz zur Zerstörung. Noch dazu erzeugen sie die Illusion, dass ein „Weiter wie bisher“ unserer Lebens- und Produktionsweise durchaus ökologisch nachhaltig gestaltbar sei und ohnehin etwas für Umweltschutz getan wird.

Beispiel: Die Weltbank, eine Mine ...und die Schimpansen?

In Guinea/ Afrika soll das größte Bergbauprojekt des Kontinents entstehen. Es soll Eisenerz gewonnen werden, das zur Stahlproduktion benötigt wird. Das Geld dafür kommt unter anderem von der International Finance Corporation (IFC), einer Gruppe der Weltbank. In der Region des geplanten Projekts leben allerdings vom Aussterben bedrohte Schimpansen in einem Schutzgebiet, das für das Projekt zerstört werden müsste. Eigentlich darf das IFC nur Projekte finanzieren, die weder Menschen noch Umwelt „Schaden zufügen“. [4] Kein Problem mehr mit Biodiversitäts-Offsets: Der drohende Schaden soll Dank eines Projekts „ausgeglichen“ werden, das die Schimpansen an anderer Stelle wieder ansiedelt. Der Erfolg ist aber überaus fraglich: Z. B. können Schimpansen nicht einfach umgesiedelt werden, weil sie an ihre Umwelt angepasst sind. In anderen Lebensräumen Guineas leben bereits Schimpansen, die ihr Territorium gegen „Eindringlinge“ verteidigen würden. Wird das Projekt wie geplant durchgeführt, droht also ein doppelter Verlust: Der Verlust des derzeitigen Lebensraums und das Aussterben der Schimpansen im neuen Siedlungsgebiet. Also „Doppel-Netto-Loss“, das völlige Scheitern von Biodiversitäts-Offsetting. Trotz der Bedenken wird weiterhin an dem Bergbauprojekt festgehalten. [5]

Infos:

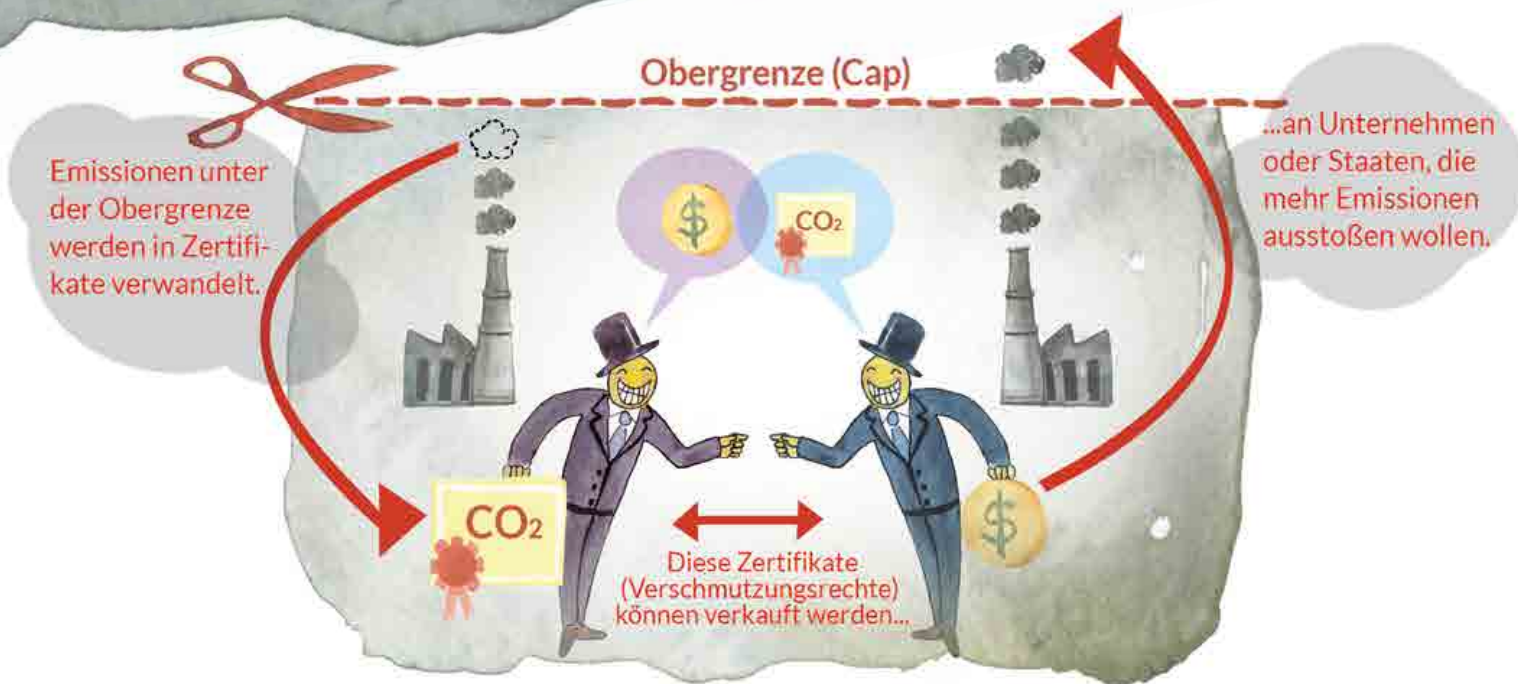
- Video-Clip: <https://vimeo.com/102832304>
- Hintergrundtext und Fact Sheet: <http://www.ftwatch.at/finanzialisierung-der-natur/biodiversitaets-offsetting/>
- Kampagne gegen Biodiversitäts-Offsetting: <http://www.fern.org/campaign/biodiversity-offsetting>
- Erklärung „Nein zu Biodiversitäts-Offsetting!“: <http://no-biodiversity-offsets.makeanoise.org/deutsch/>

Quellen:

- [1] <http://www.business-biodiversity.eu> ; <http://business-and-biodiversity.at/> ; <http://bbop.forest-trends.org>
- [2] <http://www.theguardian.com/environment/2007/jun/16/climatechange.climatechange>
- [3] http://www.nap.edu/catalog.php?record_id=10134 ; <http://www.gao.gov/products/GAO-05-898> ; <http://www.fern.org/sites/fern.org/files/Critical%20review%20of%20biodiversity%20offsets.pdf>
- [4] http://www.ifc.org/wps/wcm/connect/7540778049a792dcb87efaa-8c6a8312a/SP_English_2012.pdf?MOD=AJPERES
- [5] http://www.brettonwoodsproject.org/wp-content/uploads/2013/12/Simandou-Questions-and-Considerations_finaldoc.pdf

Was kostet die Luft?

Emissionshandel



Ein CO₂-Molekül ist gleich ein CO₂-Molekül – ist doch logisch. Ob das nun von der McDonald's-Fabrik in Kalifornien durch die Schornsteine gejagt, beim Fliegen in die Atmosphäre gepustet wird oder aus dem kleinen Holz-Tortilla-Herd einer mexikanischen Frau entweicht; ob es nun in Regenwaldbäumen gespeichert oder mit Hochdruck in die Erde gepumpt wird (Carbon Capture and Storage). Oder? [1]

Warum also nicht am einen Ende der Welt Treibhausgase ausstoßen und am anderen Ende der Welt in die Erde pumpen? Oder in der einen Fabrik einsparen, in der anderen dafür mehr ausstoßen? Dann gibt es netto, also unterm Strich, gleich viel CO₂. Der Emissionshandel macht genau dies möglich. Das ist genau für dreckige Industrien praktisch, die aus wirtschaftlichen Gründen weiterhin dreckig bleiben wollen, und sich nun über billige Gutschriften freikaufen können. Und auch für umweltbewusste Menschen, die unbeeinträchtigt fliegen oder Auto fahren wollen, ist es günstig: Sie können sich für ein paar Euros klimaneutral kaufen. Mit dem Geld werden dann z. B. Bäume gepflanzt.

Die Logik des Emissionshandels funktioniert ein wenig wie der Ablasshandel der katholischen Kirche, der im 15. und 16. Jahrhundert betrieben wurde. Gegen Geld konnte man sich von Sünden freikaufen. Armen Menschen blieb nichts anderes übrig, als entweder sündenfrei zu leben oder später in der Hölle zu schmoren.

Wie der globale Handel mit Emissionsrechten entstand

Im Jahr 1992 wurde auf der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, bekannt als Rio-Konferenz, vereinbart, die weltweiten Treibhausgasemissionen zu begrenzen. Das **Kyoto-Protokoll** von 1997 sollte diese Regelung rechtlich verbindlich machen. Es trat 2005 in Kraft und sah in der ersten Verpflichtungsperiode von 2008 bis 2012 die Treibhausgasreduktion in Industrieländern um 5,2 Prozent gegenüber 1990 vor.

Zur Emissionsverringerung wurde nach hitzigen Diskussionen und auf Druck der USA – die das Kyoto-Protokoll jedoch letztendlich nie ratifizierten – ein marktbasierter Mechanismus festgeschrieben: der Handel mit der neuen Ware Luft, also mit CO₂ bzw. mit CO₂-Äquivalenten (wie z. B. Methan). **Das Resultat ist enttäuschend: Anstatt die Emissionen in dieser Periode zu senken, stiegen sie sogar an!** [2]

Müssten also der Handel reformiert und die Treibhausgase mit dem „richtigen“ Preis versehen werden, um das Klimaproblem zu lösen? Dieser Ansicht sind Befürworter*innen des Emissionshandels. Allerdings halten ihnen viele Kritiker*innen entgegen, dass bereits die Idee der Bepreisung von CO₂ und des Handels damit viele Gefahren birgt: **Die Emissionen sollten dort reduziert werden, wo sie herkommen. Nicht dort, wo es billiger ist.**

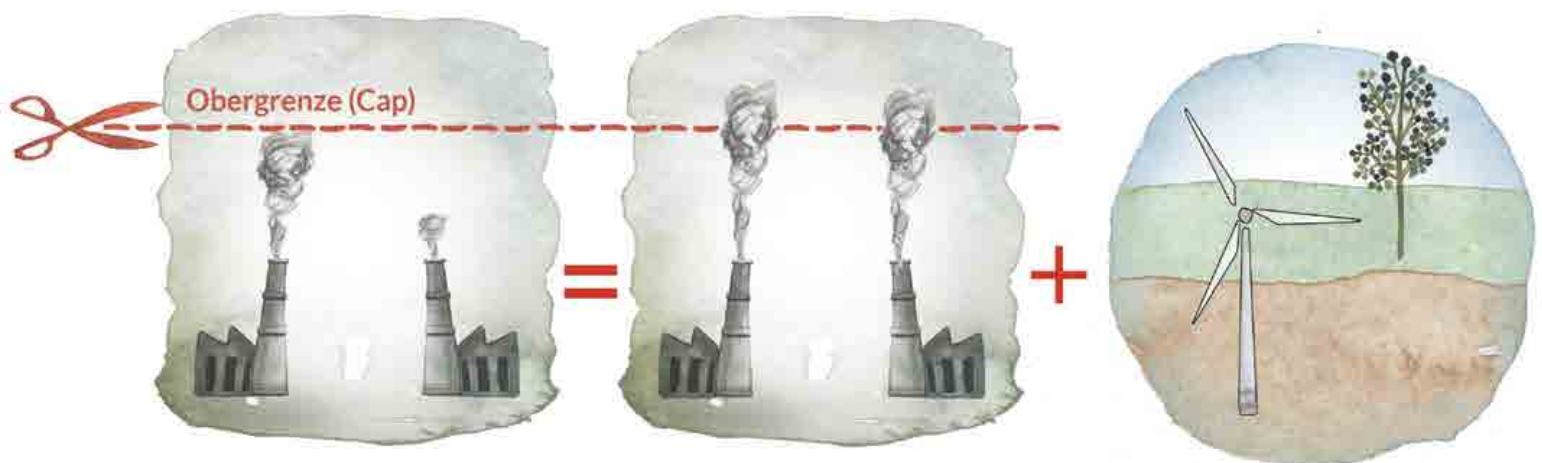
Wie der Emissionshandel funktioniert...

Der internationale Emissionshandel basiert einerseits auf dem **Cap-and-Trade-System**, andererseits auf den **Offsets** (Kompensationsmechanismen). Das ‚Cap‘ ist die festgelegte Obergrenze der Treibhausgas-Emissionen pro Land und pro Industrieanlage, welche jährlich sinkt, um den Emissionsausstoß insgesamt zu vermindern. ‚Trade‘ steht für das Handeln mit sogenannten Emissions- bzw. Verschmutzungsrechten, die als Zertifikate von Regierungen an Unternehmen ausgegeben werden (pro Tonne CO₂ ein Zertifikat). Sie sollen die billigere Erreichung der Obergrenze ermöglichen. Dies bewirkt, dass ein Unternehmen womöglich nicht in die Reduzierung seiner Emissionen investiert, z. B. durch den Einbau von Filtern. Stattdessen kann es billiger sein, Verschmutzungsrechte von anderen Unternehmen zu kaufen, die ihre nicht voll ausnutzen. Das Problem: Die Rechte werden so billig gehandelt, dass sich die Investition in klimafreundliche Technik wirtschaftlich nicht lohnt.

Neben dem Handel zwischen Unternehmen gibt es noch eine zusätzliche Quelle von Emissionsgutschriften, die **Offsets**. Dies sind meist Projekte im Globalen Süden, die vorgeben, Emissionen zu reduzieren.

Bisher hießen diese Offsets „Clean Development Mechanism“ CDM. In einem zukünftigen Emissionshandel nach Paris bekommen sie vermutlich einen anderen Namen. Die Idee ist dieselbe: Durch die Investitionen in als „grün“ und „nachhaltig“ anerkannte Technologien und Projekte im Globalen Süden kann die CO₂-Bilanz eines Unternehmens und letztendlich eines Staates im Globalen Norden verbessert werden, ohne dass eigene Emissionen reduziert werden. Wer also andernorts in den vermeintlichen Klimaschutz, in Offsets, investiert, bekommt Emissionseinsparungen gutgeschrieben.

Meist sind die Offset-Projekte, in die investiert wird, Wasserkraftwerke, es kann sich aber auch um ein angeblich „sauberes Kohlekraftwerk handeln. Oder möglicherweise in Zukunft um Carbon Capture and Storage. Voraussetzung dafür ist, dass Projekte nur wegen des CDM entstehen und nicht ohnehin gebaut worden wären. Das lässt sich aber nur selten tatsächlich beweisen. Wenn sie jedoch nicht zusätzlich (also ohnehin geplant) sind, dann heißt das im Ganzen mehr Emissionen. Denn im Globalen Norden wird ja nun wegen des CDM nicht reduziert. Dazu kommt, dass CDM-Projekte häufig zu lokalen Konflikten führen, z. B. weil ein Staudamm landwirtschaftliche und lebensnotwendige Gebiete zerstört oder auf aggressive Art und Weise durchgesetzt wird.



...und warum er nicht funktioniert:

1) Der Emissionshandel lenkt ab von den Ursachen des Klimawandels und ermöglicht den Freikauf von eigentlich notwendigen Verminderungen von Emissionen. Er fördert den ursprünglich geplanten technologischen Umbau und das Abschalten schmutziger Industrien nicht, sondern rechtfertigt ihren Erhalt.

2) Es gibt keinen „richtigen“ Preis für Treibhausgase: Je nachdem, wer sie wie und mit welchen Interessen berechnet, kommt etwas anderes heraus. Eine Studie vom Jahr 2015 besagte beispielsweise, der „optimale“ CO₂-Preis müsse 200 mal höher sein als der aktuelle, um tatsächlich den Klimawandel aufhalten zu können. Der läge dann etwa bei 220 Euro pro Tonne CO₂. [3] Derart hohe Preise wären jedoch in unserer Realität der aktuellen Machtverhältnissen nie umsetzbar. [4]

3) Gefahr für Umwelt- und Klimaschutz: Manche sagen, der Emissionshandel würde dann funktionieren, wenn der Markt ganz frei wäre und nicht von anderen rechtlichen Rahmenbedingungen gestört würde. So plädieren beispielsweise Unternehmen wie Shell oder E.ON. dafür, dass in der Europäischen Union (EU) die gesetzlichen Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien durch den freien Emissionsmarkt ersetzt werden sollten. David Hone, Berater für Klimawandel bei Shell, erklärt etwa: „*Es braucht einen Emissionsmarkt mit einem einzigen Ziel. Schafft die anderen Ziele und Ansätze ab und lasst den Emissionsmarkt die Gewichtung der Technologien bestimmen*“. [5] Dies wäre jedoch höchst gefährlich, denn so würden sämtliche sinnvolle und tatsächlich greifende Umweltgesetze durch den Markt ausgehebelt werden. Und das heißt: Geld regiert die Welt, nicht die Bürger*innen.

Beispiel: Mega-Windpark in Mexiko

Fast wäre es so weit gekommen und Konzerne wie Coca Cola Company und andere hätten ihr Image und ihre Emissionsbilanz mittels eines neuen Mega-Windparks an der Küste des mexikanischen Bundesstaats Oaxaca aufbessern können – durch die Investition in „grüne“ Energiegewinnung. Da es sich bei Windkraft um eine nicht fossile Energiequelle handelt sollte der Windpark als Projekt des Clean-Development Mechanism gelten.

Die indigenen Fischer-Gemeinden wehrten sich dagegen, dass ihr Strand auf der schmalen Landzunge, von der aus täglich gefischt wird, mit 132 je 80 Meter hohen Windgeneratoren zugepflastert werden sollte. Erfolgreich. „*Unser Kampf ist ein Kampf für unsere Ländereien, für unser Meer, für unser täglich Essen*“, erklärte ein Fischer. Die mittels des Windparks generierte Energie wäre transnationalen Großkonzernen zugute gekommen und keineswegs der Bevölkerung in der Umgebung. Mit „nachhaltiger Entwicklung“ hat das Megaprojekt wenig zu tun, wenn Lebensgrundlagen zerstört, indigene Rechte auf Selbstbestimmung über ihr Territorium nicht respektiert und der Widerstand unterdrückt wird. Leider ist das bei erneuerbaren Energieprojekten in Ländern des **Globalen Südens** kein Einzelfall.

Mit dem Widerstand fiel nicht nur der Mega-Windpark sondern zum Glück auch die Möglichkeit, die Off-set-Gutschriften international zu handeln und die Emissionsbilanz des **Globalen Nordens** aufzupolieren.

Mehr dazu im Film „Somos Viento – der Wind sind wir“: <https://somosvientodocumental.wordpress.com/otros-idiomasy-otras-lenguas/>

Infos:

- Ausführlicher Artikel: <http://www.ftwatch.at/finanzialisierung-der-natur/emissionshandel/>
- Videos: <http://www.ftwatch.at/finanzialisierung-der-natur/videos/>
- Aufruf „Stopp den EU-Emissionshandel“: <http://scrap-the-euets.makenoise.org/>
- Fake-Website zum individuellen Emissions-Ablasshandel: www.climate-neutral.org

Quellen:

- [1] Eine Studie zeigt, dass CO₂ nicht gleich CO₂ ist: <http://www.fern.org/misleading-numbers-summary>
- [2] <http://www.bund.net/pdf/klimagoldesel2013>
- [3] <http://reneweconomy.com.au/2015/cost-of-carbon-should-be-200-higher-today-say-economists-37593>
- [4] http://www.fern.org/sites/fern.org/files/carbonleaflet_2015.pdf
- [5] <http://blogs.shell.com/climatechange/2013/01/>

Weder rot noch grün: Hauptsache REDD?

Wälder sind Lebensraum für unzählige Pflanzen, Tiere und Menschen – und sie nehmen viel CO₂ der Atmosphäre auf, um es zu Sauerstoff umzuwandeln. Besonders tropische Regenwälder gelten als wichtige Senken bzw. Kohlenstoffspeicher. Waldabholzung ist damit nicht nur schlecht für die Biodiversität, sondern auch fürs Klima.

Logische Konsequenz wäre demnach auch aus Klimaschutzgründen, die Hauptursachen der Abholzung anzugehen: Viel Regenwald wurde in den letzten Jahrzehnten für den Anbau landwirtschaftlicher Exportgüter zerstört. Dazu gehören insbesondere Futtermittel wie Soja, das die Tiere zu fressen bekommen, welche später als Schnitzel auf unseren Tellern landen. Oder auch Palmöl und andere Agrartreibstoffe, die die Tanks unserer Autos oder Flugzeuge mit scheinbar nachhaltigem Sprit befüllen. Auch der Abbau von Ressourcen wie Holz oder fossile Brennstoffe und große Infrastrukturmaßnahmen wie Mega-Staudämme und Autobahnen treiben die Abholzung maßgeblich voran. Weitere Gründe sind Waldbrände und illegale Rodung. Doch statt großflächige Rodung zu verbieten und zu ahnden, oder Autofahren und Fleischkonsum zu reduzieren, hat man sich etwas anderes einfallen lassen:

Ein neuer Markt für Waldschutzgutschriften

Seit ein paar Jahren wird versucht, in fast allen Ländern des Globalen Südens ein neues Programm umzusetzen: **REDD+ ist die Abkürzung für „Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation“**. [1]

Es handelt sich somit um ein Programm zur „Reduktion von Treibhausgasen, die aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung entstehen“.

Die Weltbank, die deutsche Entwicklungsgesellschaft (GIZ), das UNO-Umweltprogramm und einige Firmen und Naturschutzorganisationen finanzieren und beraten die Regierungen, um REDD+ flächendeckend umzusetzen. Testprojekte werden gestartet oder eigene private REDD-Projekte betrieben. 2007 erklärte Benoit Bosquet, damaliger Leiter des Weltbank-REDD-Programms, dass das Ziel sei, „*zügig einen Waldkohlenstoff-Markt loszutreten, um Waldschutz ökonomisch wichtiger zu machen*“. [2]

Bei REDD+ handelt es sich um eine Mischung aus **Payments for Ecosystem Services** (siehe S. 8-9) und **Emissionshandels-Offsets** (siehe S. 12-14). Normalerweise führt nur die Abholzung von Wald zu wirtschaftlichem Profit. Die Idee von REDD+ ist, dass auch Waldschutz profitabel werden soll: Gemäß Berechnungen, wie viel CO₂ im Wald gespeichert ist bzw. wie viel CO₂ bei zukünftigem Waldverlust freigesetzt werden würde, sollen die Waldbesitzer*innen (Privatpersonen, Firmen, Gemeinden oder Staaten) dann Waldkohlenstoff-Gutschriften zum Kauf anbieten können. Eine Gutschrift entspricht einer Tonne eingespartem CO₂. Käufer*innen erstehen damit das Recht, eine Tonne CO₂ mehr auszustoßen, als sie laut Gesetz dürften. Oder die Gutschriften bieten Firmen die Möglichkeit, sich als „grün“ und „nachhaltig“ zu präsentieren – beispielsweise kann eine Fluggesellschaft die Flüge als „klimaneutral“ anbieten

Beispiel: CO₂-neutrale Fußball-Weltmeisterschaft?

Um einen Teil der Emissionen der in Brasilien durchgeführten WM zu „neutralisieren“, gab die FIFA 2014 bekannt, Gutschriften aus Waldschutzprojekten zu kaufen. So zum Beispiel vom Purus Projekt der Firma Moura & Rosa in Acre, Brasilien. Wie in vielen Waldregionen Lateinamerikas sind auch in Acre die Landrechte nicht immer eindeutig. Viele im und vom Wald lebenden Gemeinden haben Nutzungsrechte, jedoch keine offiziellen Besitzurkunden. Moura & Rosa forderte die Kleinbäuer*innen und Kautschukzapfer*innen im Rahmen der REDD+-Verhandlungen auf, ein Dokument zu unterschreiben. Ein Bewohner schildert die Situation: „*Ich fragte, ob das Dokument mir schaden könne. Er [der Firmenvertreter] verneinte das. Er sagte, ich könne ruhig unterschreiben, es sei lediglich eine Versicherung für uns, dass wir auch von dem Projekt profitieren werden*“. Doch tatsächlich besagte der Vertrag, dass Moura & Rosa nun rechtmäßiger Besitzer des Waldes sei. Er verbot außerdem den Wanderfeldanbau und das Anlegen von Gärten zur Nahrungsmittelerzeugung. Schließlich soll die gemessene CO₂-Aufnahme stabil bleiben, die sich durch ein solches „Eingreifen“ ändern würde. [3]



REDD+ ...

1) ...kann Land Grabbing zur Folge haben:

Eine Vielzahl von REDD-Projekten haben dazu geführt, dass die im Wald lebenden Menschen diesen plötzlich nicht mehr so nutzen konnten wie bisher. Um die Senkenfunktion des Waldes nicht zu gefährden, wird häufig lebensnotwendiges Feuerholzsammeln oder das Schlagen von Bäumen für den Wohnbau oder für die kleinstrukturierte Landwirtschaft verboten. Das kann so weit gehen, dass Flugzeuge von oben kontrollieren, ob die Bewohner*innen das Land „klimaschonend“ nutzen, wie es etwa bei einem Projekt der Umweltschutzorganisation WWF und Air France der Fall war. [4] Auch hat REDD+ schon mehrmals zur Vertreibung von Gemeinden aus ihrem angestammten Wald geführt. [5]

2) ... macht den Wald zur neuen Ware:

Viele indigene Bewegungen weltweit wehren sich gegen REDD+. Ein Grund ist die begründete Angst davor, Kontrolle über ihr angestammtes Territorium zu verlieren. Ein weiterer Grund ist die ökonomische Bewer-

tung der Wälder. Die Organisation der indigenen Lenca-Gemeinden COPINH aus Honduras stellt sich gegen die „Inwertsetzung der Wälder, der Natur und des Lebens, da [bei REDD+] der Wald nur hinsichtlich seiner Kapazität der CO₂-Aufnahme wertgeschätzt und verwertet wird“. [6] Wie kann in einer CO₂-Menge oder Geldsumme ausgedrückt werden, dass ein Wald für Lenca-

Gemeinden lebensnotwendig und für kulturelle und spirituelle Praktiken unverzichtbar ist? Mit REDD+ wird der Wald zur Senke, zur Bank und Ware, die quantifiziert, gemanagt, ausgebeutet und gehandelt werden kann.

3) ...verspricht mehr, als es halten kann:

Die ursprüngliche Idee von REDD+ ist, dass über den Emissionshandel so viel Geld aufgestellt werden kann, dass Waldschutz ökonomisch sinnvoller wird als der Verkauf des Holzes oder die anderweitige Nutzung. Inzwischen wurde deutlich, dass es nie so weit kommen wird: Wald zu schützen wird nie so viel Profit bringen, wie ihn abzuholzen. Dennoch wird REDD+ weiter vorangetrieben.

4) ... ist kompliziert, kostspielig und anfällig für Betrug:

Für REDD+ müssen die Wälder kartiert, die Besitzrechte bestimmt, die Senkenfunktion quantifiziert, die Prognosen über zukünftige Abholzung und Waldbrände festgelegt und die bürokratischen Apparate entsprechend umgebaut werden. Die Berechnungen, wie viel CO₂ im Wald auf lange Sicht gespeichert ist, sind höchst umstritten und ungenau.

Ein REDD+-Projekt muss eigentlich nachweisen, dass das CO₂ so lange im Wald gebunden bleibt, wie die von den Käufer*innen verursachte CO₂-Emission das Klima beeinflusst. Und das sind offiziell mindestens 99 Jahre. [2]. Doch wer garantiert, dass der Wald nicht nach fünf Jahren abbrennt, oder es in 20 Jahren schon gewinnbringendere Pläne für das Gebiet gibt?

5) ... kann zu einem Plus an Emissionen führen:

Es ist häufig schwer, zu beweisen, ob Wald erst durch REDD+ geschützt wird oder ob der Wald nicht auch ohne den Gutschriftenverkauf erhalten worden wäre. Es muss also nachgewiesen werden, dass der Waldschutz durch REDD+ zusätzlich stattfindet. Doch dieser Nachweis kann auch die Aussage sein, dass der Wald in Zukunft abgeholzt worden wäre. Je dunkler die Zukunft gemalt wird, desto eher ist die Fläche für REDD+ tauglich. Wenn der Waldschutz aber eigentlich nicht zusätzlich ist, führt dies insgesamt zu einem Plus an Emissionen, schließlich hat sich jemand anderswo mit der REDD-Gutschrift das Recht für zusätzlichen CO₂-Ausstoß gekauft.

Doch noch ein zweites Problem kann zu doppelter Buchführung bei Emissionen führen. Investiert z. B.

eine Firma aus Kalifornien in ein REDD-Projekt in Brasilien – welches Land kann dann die eigene Emissionsbilanz mit dem Argument aufbessern, dass durch die vermiedene Abholzung von Wald Emissionen eingespart worden seien? Brasilien als Land, in dem der Wald steht, oder die USA, zu denen das Unternehmen gehört, das die CO₂-Gutschriften gekauft hat? Da diese Frage kaum geklärt ist, kann dies dazu führen, dass die Reduktion doppelt angerechnet wird.

6) ... kann auch Plantagen-statt Waldschutz bedeuten:

Es ist nicht klar, was genau mit „Wald“ gemeint ist. Die am häufigsten verwendete Walddefinition stammt von der FAO (UN-Landwirtschaftsorganisation) und enthält ebenso Baumplantagen. Das ist problematisch, weil auch die Entstehung neuer Plantagen (z. B. zur industriellen Produktion von Palmöl) als nachhaltig ausgezeichnet werden kann, obwohl diese keineswegs umweltfreundlich sind.

7) ... verhindert die Umsetzung tatsächlicher Lösungen:

Durch REDD+ wird die Schuld der Waldzerstörung häufig auf traditionelle Waldnutzer*innen und Kleinbäuer*innen im Globalen Süden geschoben. Sie sollen ihre Formen der Landnutzung ändern, damit Konzerne und Staaten aus dem Globalen Norden sich mit der Investition in den Klimaschutz als nachhaltig präsentieren können. Währenddessen bleiben die Hauptursachen der Abholzung bei REDD+ unangetastet. Dessen Fokus liegt schließlich auf finanziellem Profit. Doch solange Umweltschutzinstrumente ermöglichen, dass wir uns der Verantwortung für die Naturzerstörung systematisch entziehen (indem wir uns freikaufen können), sind sie strukturell nicht zur Problemlösung geeignet.

Infos:

- Kritischer REDD-Blog: <http://www.redd-monitor.org/>
- Heft mit Fallbeispielen: http://wrm.org.uy/es/files/2014/12/REDD-Coleccion_de_conflictos_contradicciones_y_mentiras_expandido.pdf
- Heft „REDD Alert!“: <https://www.grain.org/article/entries/5322>

Quellen:

[1] Das + steht für „Plus Schutz, nachhaltiges Management und Anreicherung der Wald-Kohlenstoffspeicher“.

[2] http://web.worldbank.org/archive/website01290/WEB/0_1493.HTM, eigene Übersetzung

[3] Jutta Kill, „Die neue grüne Landnahme“ im Dossier „Green Grabbing und Bioökonomie“ der Lateinamerika Nachrichten, Nr. 498, Dez. 2015

[4] Jutta Kill: http://wrm.org.uy/es/files/2014/12/REDD-Coleccion_de_conflictos_contradicciones_y_mentiras_expandido.pdf, S. 81 ff

[5] <http://no-redd-africa.org>

[6] COPINH: <http://hondurasdelegation.blogspot.co.at/2013/02/protest-brief-von-copin-h-weltbank-gegen.html>

Schlaue Landwirtschaft?



Der Klimawandel beeinflusst die Landwirtschaft – die Landwirtschaft beeinflusst das Klima.

Es heißt, dass 11 bis 15 Prozent der menschlich verursachten [Emissionen](#) durch die Landwirtschaft entstehen. Die meisten dieser [Treibhausgase](#) stammen aus den industriellen Inputs, also den chemischen Düngemitteln, [Pestiziden](#), [Herbiziden](#) und den fossilen Brennstoffen für die Maschinen, sowie aus der durch die Massentierhaltung entstehenden Gülle. Doch berücksichtigt man in der Rechnung, dass unser derzeitiges Agrarsystem auf Waldabholzung und langen Transportwegen beruht und dass auch die Lebensmittelverarbeitung und übermäßige Verpackungsproduktion, die Kühlung, der Verkauf sowie die Abfallverarbeitung dazugehören, dann kommt man auf einen Anteil von insgesamt 44 bis 57 Prozent Emissionen durch die Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie! [1]

Unsere [industrielle Landwirtschaft](#) hat nicht nur gravierende Auswirkungen auf das Klima, sondern auch auf die Böden, die [Biodiversität](#) und die Lebensqualität der Tiere und der Menschen. Denn es geht nicht darum, auf gesunde, faire und nachhaltige Art und Weise Lebensmittel zu erzeugen, sondern darum, effizient und profitorientiert zu wirtschaften. „Wachsen oder Weichen“ lautet die dominante

Aber seid doch schlau:
Wo bleibt sonst **unser** Gewinn?

Formel: Wer nicht mehr und schneller produziert, kann am Weltmarkt nicht mithalten. Während daher die Macht multinationaler [Agrarkonzerne](#) und Supermärkte stetig zunimmt, werden lokale Produktionsstrukturen und Märkte zerstört und viele Millionen Menschen vom Zugang zu Nahrung und Ressourcen sowie von der Mitentscheidung ausgeschlossen. Etwa einer von neun Menschen leidet auch heute noch an Hunger, 98 Prozent davon leben im [Globalen Süden](#). [2]

Alter Wein in grünen Schläuchen

Unser aktuelles Ernährungs- und Agrarsystem muss sich also aus vielen Gründen dringend verändern. Auf den Klimagipfeln und in globalen Institutionen werden derzeit Lösungsansätze mit vielversprechenden Namen vorangetrieben. Sie nennen sich „smarte Landwirtschaft“, „nachhaltige Intensivierung“, „Climate Smart Agriculture“ oder auch „4 per 1000“. Doch meist handelt es sich um ein grün-gewaschenes „Weiter wie bisher“. Die Ansätze grenzen sich keineswegs vom Wachstumszwang ab. Sie liefern stattdessen ein neues Argument für die Industrialisierung der Landwirtschaft: den Klimaschutz.

Das Hauptargument für eine „smarte“ oder „nachhaltig intensivierte“ Landwirtschaft ist folgendes: Bevölkerungswachstum und veränderte Essgewohnheiten (z. B. vermehrter Fleischkonsum) seien der Grund dafür, dass sich die Agrarfläche ausbreite und somit Wald abgeholzt werden müsse – was wiederum schlecht für das Klima ist. Die Schlussfolgerung ist nicht etwa, dass darum beispielsweise Fleischkonsum reduzieren werden sollte, sondern, dass die Produktion auf gleichbleibender Fläche intensiviert werden müsse. Und zwar durch verändertes Saatgut, industriellen Dünger-, Pestizid- und Herbizideinsatz und eine High-Tech-Industrialisierung. Vom Drohneneinsatz auf Riesenfeldern über automatisch gesteuerte Traktoren ohne Insass*innen bis hin zum Melk-Roboter ist hier alles mit von der Partie. Dass diese Maschinen aber auch fossile Brennstoffe und Ressourcen benötigen, wird nicht erwähnt. [3]

Bevölkerungswachstum wird gern als Argument verwendet, wenn es um die Rechtfertigung der Industrialisierung und Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft geht. Diese Argumentation ignoriert aber, dass eigentlich genug Lebensmittel für alle erzeugt werden und der Hunger in der Welt vor allem durch ungerechte Verteilung entsteht. Nicht einmal die Hälfte der globalen Getreide-, Reis- und Maisproduktion wird als menschliches Nahrungsmittel verwendet. Der Rest ist für [Agrartreibstoffe](#) und Futtermittel bestimmt, um den global rasant zunehmenden Fleischkonsum und Energiebedarf zu decken. [4]

Was heißt hier „smart“?

Die wichtigste globale Initiative, die sich in den letzten Jahren mit dem Ziel der „klimate-smarten“ Landwirtschaft gegründet hat, heißt „Global Alliance for **Climate Smart Agriculture**“ (GACSA).

Sie vereinigt unter ihrem Dach neben der FAO (UN-Landwirtschaftsorganisation), der [Weltbank](#) und einigen Staaten auch mehrere Agrarkonzerne und Zertifizierungsorganisationen, die vom Emissionshandel profitieren. Auch große Umweltorganisationen wie The Nature Conservancy, bekannt für ihre enge Beziehung zur Privatindustrie, sind mit von der Partie.

Was genau „climate-smart“ bedeutet, wird bei der „Climate Smart Agriculture“ nicht klar definiert. Das ist wohl auch das Schlauste an ihr. Denn dadurch kann jede*r selbst hineininterpre-

tieren, was sie oder er will. So schmücken sich auch Agrarkonzerne, die synthetische Düngemittel vertreiben, industrielle Fleischproduktion und großflächigen Anbau von Monokulturen forcieren, mit dem Namen „climate smart“ (*siehe Beispiel*). Auch [gentechnisch](#) verändertes Saatgut gewinnt wieder an Fahrt, weil es heißt, dass dadurch die Pflanzen anpassungsfähiger für Dürren, ertragreicher oder größere CO₂-Schlucker seien.

Um vier Promille die Böden verändern

Eine weitere Initiative nennt sich „4 per 1000“. Sie wurde vor dem Pariser Klimagipfel von der französischen Regierung ins Leben gerufen und konzentriert sich auf die Tatsache, dass landwirtschaftlich genutzte Böden [Senken](#), also Kohlenstoffspeicher, sind. „Wenn wir pro Jahr die Menge des in Böden gespeicherten Kohlenstoffdioxids um vier Promille erhöhen, können wir den CO₂-Anstieg in der Atmosphäre stoppen“, heißt es auf der Website. [5] Es stimmt, dass die Verbesserung der Böden durch beispielsweise Humusaufbau aus vielen Gründen wichtig ist.

Doch die dominanten Vorschläge setzen hauptsächlich auf Messungen und Berechnungen der Senkenfunktion von Böden, obwohl Messungen solcher Art nachweislich höchst umstritten und ungenau sind. Messbarkeit ist jedoch notwendig, wenn mit dem eingespeicherten CO₂ im Anschluss Handel betrieben werden soll. Und so wird nicht Berechenbares plötzlich doch berechenbar. Der Ansatz von „4 per 1000“ klingt verlockend, schließlich können wir dadurch weiter Treibhausgase in die Atmosphäre jagen, wenn diese dann automatisch von Böden geschluckt werden.

Agrarökologie und Ernährungssouveränität

Die weltweite Bäuer*innenorganisation La Vía Campesina und viele soziale Bewegungen erteilen dem momentan vorherrschenden Agrarsystem und dessen „smarten“ Entwicklungen eine klare Absage. Sie zeigen, dass es sich dabei eher um neue „grüne“ Argumente handelt, um das alte industrielle Agrarmodell zu legitimieren. Statt immer mehr zu wachsen und kleine Bauernhöfe zu verdrängen, setzen sie sich für den Schutz und Ausbau einer bäuerlichen und agrarökologischen Landwirtschaft ein, die auch im Kampf gegen den Klimawandel einen wichtigen Beitrag leisten kann. Immer mehr Studien widerlegen auch die Behauptung,

tung, dass industrielle Landwirtschaft produktiver sei. Diese befindet sich in einem ständigen Teufelskreis aus Intensivierung, externen Inputs (Energie, Saatgut, Pestizide, etc.) und Verlust von Bodenfruchtbarkeit. Die industrielle Landwirtschaft braucht zwar wegen der Mechanisierung weniger Arbeitskraft, also Personen, und ist in diesem Sinne effizienter. Wird aber der Energieeinsatz oder die Produktivität des Bodens gemessen, so stimmt die Effizienzrechnung nicht mehr. Auf einer Fläche, auf der mit agrarökologischen Methoden angebaut wird, wächst insgesamt meist viel mehr als auf einer industriellen Monokultur, und braucht deutlich weniger Energie. So kann kleinstrukturierte Landwirtschaft sogar ertragreicher sein. [6]

Viele Bewegungen und Organisationen treiben daher [Agrarökologie](#) und [Ernährungssouveränität](#) voran (siehe S. 20-22). Dabei geht es darum, Landwirtschaft so zu gestalten, dass es den Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, ebenso wie den Tieren, Pflanzen und Böden gut gehen soll. Lebensmittel sollen möglichst regional, zukunftsweisend und sozial gerecht erzeugt, verteilt und konsumiert werden. Das Menschenrecht auf Nahrung muss Vorrang haben vor den Interessen der globalisierten Agroindustrie. Die eingesparten Emissionen durch geringere externe Inputs in die Landwirtschaft und kürzere Transportwege sowie die Erhaltung der Biodiversität leisten gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Beispiel:

Schlau oder schädlich: Mehr Gift auf den Feldern als Klimaschutz?

Die „Herbizid-toleranten Kulturpflanzen reduzieren die Notwendigkeit des Pflügens und anderer mechanischer Unkrautbekämpfung, was bei Mais zu 44 Prozent und bei Soja zu 60 Prozent weniger fossilem Treibstoffeinsatz führt.“ Mehr Gift = weniger Diesel, lautet die grandiose Klimalösung, die in der offiziellen Broschüre „Klima-smarte Landwirtschaft: Erfolgsgeschichten von landwirtschaftlichen Gemeinden der ganzen Welt“ porträtiert wird.

Nicht erwähnt werden dabei die Schäden von Glyphosat und anderen Herbiziden auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit sowie die versteckte Nutzung fossiler Brennstoffe durch den vermehrten Transport dieser Industrieprodukte. Ebenso wird die erzeugte Abhängigkeit von diesem Saatgut, den dazugehörigen chemischen Düngemitteln, Pestiziden und Herbiziden verschwiegen, die nicht zuletzt eine häufige Verschuldungsfalle für Kleinbäuer*innen darstellen. Diese verwenden außerdem teilweise Rinder oder Pferde zum Pflügen, also keine fossilen Brennstoffe. [7]

Infos:

- Gesammelte kritische Infos über Climate Smart Agriculture auf dem Blog: <http://www.climatesmartagconcerns.info/>
- Lese- und Filmtipps zu Ernährungssouveränität und Agrarökologie siehe nächstes Kapitel

Quellen:

[1] <https://www.grain.org/article/entries/5102-food-sovereignty-5-steps-to-cool-the-planet-and-feed-its-people>

[2] <http://de.wfp.org/hunger/hunger-statistik>

[3] <http://www.oekosozial.at/oekosoziales-forum/alle-veranstaltungen-im-ueberblick/diskussionen-tagungen/smarte-landwirtschaft/#element86694>

[4] Weingärtner/ Trentmann: Handbuch Welternährung

[5] <http://4p1000.org/understand>

[6] <http://www.kritischer-agrarbericht.de/index.php?id=357>; IAASTD (2009): Agriculture at a Crossroads. Global Report. Altieri (2010): Agroecology, Small Farms, and Food Sovereignty. In: Magdoff/ Tokar (Hg.): Agriculture and Food in Crisis. Conflict, Resistance, and Renewal. Norberg-Hodge/ Merrifield et al. (2007): Bringing the Food Economy Home. Local Alternatives to Global Agribusiness.

[7] https://cgspace.cgiar.org/bitstream/handle/10568/34042/Climate_smart_farming_successesWEB.pdf, eigene Übersetzung; <http://www.cidse.org/publications/just-food/food-and-climate/climate-smart-revolution-or-a-new-era-of-green-washing-2.html>

„There Is No Alternative“ Oder doch!?

Oft heißt es, es gäbe keine Alternativen zu den aktuellen Umwelt- und Klimaschutzstrategien. Sie seien vielleicht nicht perfekt, aber wenigstens konkrete Lösungsansätze. Vielen fällt es schwer, beim Nachdenken über andere Ansätze aus unserem **neoliberalen** Modell des Denkens und Wirtschaftens auszubrechen, in der Geld und Wettbewerb nun mal die zentrale Rolle spielen. Wie soll Natur geschützt werden, wenn nicht durch ihre „**Inwertsetzung**“ und Bepreisung? Wie ihre Zerstörung verhindern, wenn nicht dadurch, dass sie teuer wird?

Die rein ökonomische Perspektive stößt spätestens an ihre Grenzen, wenn wir uns auch folgende wichtige Fragen stellen: Wie können alle einen Zugang zu Natur haben, egal ob arm oder reich? Ist es dafür nicht auch notwendig, Armut und übermäßigen Reichtum abzuschaffen? Wie ist ein gutes Leben für alle (statt ein besseres Leben für wenige) ohne fossile Brennstoffe und mit begrenzten Ressourcen überhaupt möglich? Wie erreichen wir, dass Natur nicht übernutzt wird?

Viele Fragen, auf die es keine einfache Antwort gibt. Die Fragen gehen uns aber alle an, deshalb sollten wir sie auch gemeinsam diskutieren und nicht ignorieren oder (vermeintlichen) Expert*innen überlassen. Einige Ansätze werden bereits von vielen Menschen und sozialen Bewegungen weltweit diskutiert, gelebt und vorangetrieben:



Andere Naturverhältnisse zulassen

Vielorts, vor allem in indigenen Regionen im **Globalen Süden**, verstehen sich Menschen als Teil der Natur, nicht als ihre Beherrscher*innen. Nach einem solchen Verständnis nimmt der Mensch und gibt wieder zurück, ist abhängig von den Jahreszeiten, dem Klima, dem Wetter. Die Natur hat eine eigenständige Kraft, der Mensch ist dabei ein Bestandteil. Natur wird häufig aus einer Selbstverständlichkeit heraus bewahrt oder geschützt. Natur zu bemessen, in Ökosystemleistungen zu zerstückeln und zu bepreisen macht dann einfach keinen Sinn und kann sogar destruktiv

sein. Diese Formen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses sollten gefördert statt zerstört werden.

- Buch von Thomas Fatheuer über das Gute Leben (Buen Vivir), ein Konzept aus Lateinamerika: https://www.boell.de/sites/default/files/Endf_Buen_Vivir.pdf
- Buch zu Permakultur, ein Denkprinzip, das lokale und nachhaltige Kreisläufe stärkt, insbesondere in der Landwirtschaft aber auch anderen Bereichen wie der Energieversorgung: https://www.at-verlag.ch/buch/978-3-927369-76-4/David_Holmgren_Permakultur.html

„Commons“ zurückerobern

Bei Commons handelt sich um Gesellschaftssysteme und soziale Praktiken, in denen Menschen lebensnotwendige Dinge teilen und gemeinsam über deren Nutzung entscheiden – das betrifft insbesondere Wasser, Saatgut, Land, Wälder, Seen, Rohstoffe, Luft oder Wissen. Diese nennt man auch Gemeingüter oder Allmende. Ein Beispiel sind Seeufer: Sind diese privat, so können nur diejenigen mit teuren Seegrundstücken Zugang zum See haben. Die Gemeingüter sollten wir aus diesem Grund vor **Privatisierung** schützen oder uns wieder zurückerobern. Dazu braucht es auch neue Rechts- und Eigentumsformen, die sicherstellen, dass diese lebensnotwendigen Dinge und Dienstleistungen nicht einer Person alleine gehören können und nicht verkäuflich sind. Wenn **Klimagerechtigkeit** gefordert wird, ist genau dieser Aspekt – der gleichberechtigte Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen – besonders wichtig. Wenn beispielsweise das Wissen über den Bau kleiner dezentraler erneuerbare Energiekraftwerke „Open Source“, also öffentlich zugänglich wäre, könnten diese viel einfacher dezentral nachgebaut werden.

- Commons-Blogs: <http://blog.commoners.at/> und <https://commonsblog.wordpress.com/>

Klimagerechtigkeit konkret!

Die ecuadorianische Jugendbewegung YASunidos hat Vorschläge entwickelt, wie der Yasuní-Nationalpark in Ecuador und andere sensible Ökosysteme geschützt werden können. Der Yasuní-Regenwald ist durch die geplante Erdölförderung bedroht. Die

ecuadorianische Regierung sagt, sie brauche das Geld der Erdöleinnahmen. Für viele der dort lebenden indigenen Gemeinden stellt der Yasuní aber unersetzbaren Lebensraum dar. Umweltgruppen betonen zudem seine weltweite Bedeutung als **Biodiversitäts**-Hotspot und wichtigen CO₂-Speicher. Der Vorschlag von YASunidos ist nun, in Partnerschaft mit dem Globalen Norden sozial-ökologische Alternativprojekte zur Erdölförderung aufzubauen. Das Geld dafür soll durch einen internationalen, transparenten und fair verwalteten Klimafonds gestellt werden. In diesen können Einzelpersonen, Staaten und Wirtschaft einzahlen. Anders als beim Emissionshandel müssen dafür nicht komplizierte Waldspeicherfunktionen berechnet werden. Auch wird es keinen Ablasshandel, also **Verschmutzungsrechte** für die einzahlenden Akteure, geben.

Kontakt in Deutschland: yasunidosdd@riseup.net
 Mehr Infos unter: www.yasunidos.org
 Facebook: Yasunidos / Yasuní Guardians

Umweltbildung ausbauen und verändern

In Kindergärten, Schulen und andernorts könnte viel mehr darauf geachtet werden, dass junge Menschen die Möglichkeit haben, ein achtsames Verhältnis zu ihrer natürlichen Umgebung zu entwickeln. Das kann beispielsweise durch Schulgärten, das gemeinsame Kochen saisonaler vegetarischer Gerichte, Exkursionen und interaktive Lernerfahrungen passieren.



- Bildungsmaterial zum Thema Klimaschutz und Klimapolitik zum Download: <http://www.fdcl.org/publication/2015-12-30-bildungsmaterial-zu-klimaschutz-und-klimapolitik/> und www.ftwatch.at/finanzialisierung-der-natur/bildungsmaterialien/

Umweltschutzgesetze nicht abschaffen, sondern verbessern

Oft sind die bestehenden Umweltgesetzgebungen gar nicht schlecht. Durch neue marktbasierende Instrumente werden sie derzeit verwässert. So ermöglicht Biodiversitäts-Offsetting die Zerstörung von Naturschutzgebieten. Der Handel mit Emissionen führt dazu, dass feste Grenzen für Treibhausgasausstoß überlistet werden können und man mit Geld doch weiter verschmutzen darf. Statt bestehende sinnvolle Gesetze zu verwässern, sollten wir sie lieber verteidigen,

ihre Umsetzung verbessern und auf mehr gesetzlich bindende Regulierungen pochen. Wenn Gesetze nicht eingehalten werden, sollten Strafen folgen.

Konzerne und Finanzmarkt in die Schranken weisen

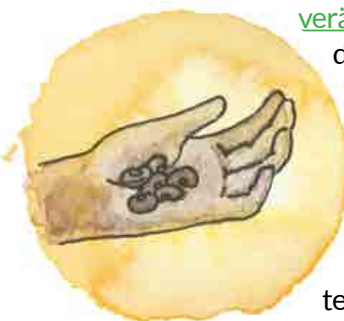
Ist zu viel Macht und Geld auf wenige global handelnde Akteure konzentriert, haben diese automatisch die Möglichkeit, wichtige Entscheidungen zu beeinflussen. Wenige Personen und Konzerne können dann Regierungen vor sich hertreiben, die folglich nicht mehr im Sinne der Allgemeinheit entscheiden. Normalerweise werden so vor allem wirtschaftliche Interessen unterstützt, die der stets gepredigten Zauberformel vom permanenten Wachstum folgen. Anstatt nun auch Natur in Geld sichtbar zu machen, damit sie von diesen mächtigen Akteuren (endlich) berücksichtigt wird, sollte so viel wie möglich aus deren Machtbereich entzogen werden. Es gibt unzählige Vorschläge, wie die Macht von Finanzmarkt und Konzernen eingeschränkt werden kann: keine staatlichen Subventionen mehr für große Konzerne, Finanzmarktsteuern, Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, kollektiv organisierte Boykotts und direkte Aktionen, etc.



- Infos von Attac Österreich: <http://www.attac.at/ziele/alternatives-finanzsystem.html>

Agrarökologische, regionale und gerechte Landwirtschaft

Nahrung ist ein **Menschenrecht**. Weltweit setzen sich bäuerliche und soziale Bewegungen für **Ernährungssouveränität** ein. Damit ist gemeint, dass jene Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, im Zentrum stehen sollten, nicht die Interessen der **Agrarkonzerne** und Supermärkte. Statt des industrialisierten, exportorientierten Agrarsystems ist der Aufbau einer kleinstrukturierten, **agrarökologischen** sowie sozial- und tier-gerechten Landwirtschaft nötig. Das führt nicht nur zu weniger Treibhausgasemissionen, sondern auch zu einer gesünderen Ernährung, zum Erhalt von Biodiversität, zu sauberem Wasser, Saatgutvielfalt und selbstbestimmteren Lebensweisen.



- Bewegung für Ernährungssouveränität und globale Nyéléni-Deklaration: <http://nyeleni.org/> und <http://www.ernaehrungssouveraenitaet.at> und <http://nyeleni.de/>
- Solidarisch Landwirtschaften bzw. Community Supported Agriculture: <http://www.solidarische-landwirtschaft.org/de/startseite/>
- Lebensmittelkooperativen: <http://foodcoops.at/> <http://foodcoops.de/>
- Globale Agrarökologie-Erklärung: <http://systemchange-not-climatechange.at/wp-content/uploads/2015/12/Declaration-Agroecology-Nyeleni-2015.pdf>
- Weltagrarbericht: <http://www.weltagrarbericht.de/>
- Kampagne: <http://www.wir-haben-es-satt.de>
- Film über solidarische Landwirtschaft „Die Strategie der krummen Gurke“: <http://www.garten-coop.org/tunsel/film>

Globalisierten Handel einschränken, regionale Wirtschaftskreisläufe ausbauen

Es braucht eine Wirtschaft der kurzen Wege und einen Umstieg von der Wegwerf- zur Reparaturgesellschaft. Um das zu erreichen ist es notwendig, dass die Erzeugung, Verteilung und der Konsum von Produkten und Dienstleistungen möglichst lokal, also vor Ort, stattfindet. Ein Teil von Gütern und Dienstleistungen wird auch weiterhin global gehandelt werden, sollte aber auf den Prinzipien Solidarität und **Subsidiarität** beruhen. Handelsabkommen müssten dahingehend geändert werden. Der Widerstand gegen neue Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TiSA ist darum ein wichtiger Einsatz gegen den Klimawandel, denn sie fördern den transnationalen Warenverkehr und verringern die Möglichkeiten, nach ökologischen und sozial gerechten Kriterien zu produzieren.

- Kampagne gegen Freihandelsabkommen: <https://stop-ttip.org/de/>
- Anleitungen zum Selbermachen, offene Werkstätten, etc.: <http://anstiftung.de/>

Öffentlichen umweltschonenden Verkehr und Fahrrad-Mobilität fördern

Anstatt immer mehr Infrastruktur für Automobil-Verkehr und Flugzeuge zu bauen, sollte eine umweltschonende und dennoch leistbare Mobilität gefördert werden. Dazu gehören ein gut ausgebauter und attraktiver öffentlicher Verkehr, die Förderung von Fahrrad- und Fußwegeninfrastruktur, die



stärkere Besteuerung der auf fossilen Energieträgern beruhenden Transportmittel und vieles mehr.

- Infos zu Veränderungsmöglichkeiten im Verkehrsbereich: <http://www.vcoe.at/news/details/klima-und-energie-potenziale-im-verkehr>
- Solidarische Mobilität: <http://www.ticketteilen.org/>
- Lastenräder-Verleih: <http://www.lastenradkollektiv.at/>

Fossile Brennstoffe im Boden lassen, erneuerbare Energien demokratisch und umweltschonend ausbauen und Verbrauch reduzieren

Eine Energiewende bedeutet nicht allein, Glühbirnen auszutauschen und die Produkteffizienz zu steigern. Es heißt vor allem, darüber zu diskutieren, was notwendig ist und was nicht, welche Dinge produziert werden sollen und welche nicht. Natürlich heißt es auch Verzicht, vor allem für Menschen im Globalen Norden. Aber Verzicht auf Überfluss, auf dicke Autos und Erdbeeren im Winter sowie die Reduktion des Gebrauchs digitaler Geräte wie Smartphones und Laptops können auch neue Möglichkeiten eröffnen. Es kann Straßen ruhiger, Menschen gesünder und kommunikativer machen. Lasst es uns ausprobieren.



- Energiedemokratie: <http://www.rosalux.de/publication/40634/energiedemokratie-in-europa.html> und <http://www.ibidemverlag.de/Wege-der-Energiedemokratie.html>

Weitere Infos:

- Bewegung in Österreich: www.systemchange-not-climatechange.at
- Anti-Kohle-Bewegung in Deutschland z. B.: <https://ende-gelände.org/>
- Degrowth-Bewegung: <http://www.degrowth.de/>
- Klima-Blog: <http://klima-der-gerechtigkeit.boellblog.org/>
- Broschüre zu Klima-Aktionen und Bewegungen: www.carbonradewatch.org/publications/paths-beyond-paris.html
- Blog und Wörterbuch Klimadebatte: <https://klimadebatte.wordpress.com/>

Glossar:

*: Im gängigen Sprachgebrauch wird nur die männliche Form verwendet. Zur geschlechtergerechten Schreibweise verwenden wir hier auch die weibliche Form. Das Sternchen steht außerdem dafür, dass es vielfältige Formen gibt, Geschlechtsidentität zu leben und zu empfinden.

Agrarkonzerne: Wenige transnationale Firmen teilen unter sich den globalen Handel mit Agrargütern auf. Sie entwickeln nicht nur (genetisch verändertes) Saatgut und die dazu passenden [Pestizide](#) und [Herbizide](#), sondern kontrollieren teilweise auch Transport und Weiterverarbeitung. Sie haben also eine (quasi) Monopolstellung.

Agrarökologie: Art des Landwirtschaftens, in der mit der Natur statt gegen sie gearbeitet wird. Stellt das Leben in den Mittelpunkt, nicht den Profit. In einer globalen Deklaration von Februar 2015 werden mehrere Prinzipien der Agrarökologie definiert (siehe S. 22/23).

Agrartreibstoffe: Aus Pflanzen gewonnene Treibstoffe, manchmal auch Biosprit genannt. Agro-Diesel wird v. a. aus Ölpalmen, Raps oder Soja gewonnen; Ethanol meist aus Zuckerrohr oder Getreide hergestellt und Benzin beigemischt.

Biodiversität: biologische Vielfalt.

Carbon Capture and Storage: CO₂-Abscheidung und -Speicherung. Industriell erzeugtes CO₂ soll abgeschieden, verflüssigt und unterirdisch gespeichert werden – obwohl dies enorme Risiken birgt und die Technologie noch nicht ausgegoren ist.

Emissionen: Ausgestoßene Treibhausgase.

Ernährungssouveränität: Das Recht, mitzubestimmen über die Art und Weise, wie unsere Lebensmittel erzeugt, verteilt und gegessen werden. Dabei geht es um eine sozial gerechte und zukunftsweisende Art der Landwirtschaft. Mehr dazu z. B. in der globalen Nyéléni-Deklaration (siehe S. 21).

Finanzialisierung der Natur: Meint die wichtiger werdende Rolle von Natur für Finanzmärkte sowie den Umstand, dass der Handel mit Natur verstärkt über Finanzmärkte läuft. Die Finanzialisierung der Natur umschließt einen längeren Prozess. Dazu gehören die Messung des Gegenstands (z. B. das CO₂, die Speicherkapazität des Waldes, etc.), die Definition

von Eigentums- oder Nutzungsrechten, die [Inwertsetzung](#) und [Monetarisierung](#), und schließlich der Handel der neuen Ware am Finanzmarkt.

Geschlechtergleichheit/ Geschlechtergerechtigkeit:

Damit ist gemeint, dass Menschen aufgrund ihres Geschlechts nicht benachteiligt sein sollen. Das eigene Leben soll unabhängig von vermeintlich „typisch“ weiblichen/ männlichen Lebensentwürfen gestaltet werden können. Voraussetzung dafür ist die gerechte Verteilung von Ressourcen, Einfluss- und Entfaltungsmöglichkeiten.

Gentechnik: Technik, durch die isolierte DNA-Sequenzen über Artgrenzen hinaus übertragen werden. Gentechnisch verändertes Saatgut wird aus verschiedenen Gründen kritisiert, u. a., da anderes Saatgut dadurch verdrängt und die [Biodiversität](#) verringert wird, weil Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt nicht geklärt sind, der Einsatz zu Monokulturen und keineswegs zu weniger [Pestizideinsatz](#) führt und das Saatgut patentiert statt frei verfügbar ist.

Globaler Süden/ Globaler Norden: Die häufig verwendeten Begriffe „Erste Welt/ Dritte Welt“ oder „Entwicklungsländer“ sind bewertend. Sie unterstellen, es gäbe Länder, die schon entwickelt sind und andere, die diesen Status noch erreichen müssen, und zwar über den vorgegebenen Pfad der Modernisierung und Industrialisierung. Die Einteilung in Globalen Süden und Norden wiederum ist nicht geographisch gemeint, sondern bezeichnet die geopolitische Verortung in einem ungleichen Weltsystem.

Habitat/ Species Banks: Neue Börsen, auf denen Zertifikate für den Erhalt von Habitaten (Lebensräumen) und Tier- und Pflanzenarten gehandelt werden.

Herbizid: Unkrautbekämpfungsmittel. Eines der meistverwendetsten Herbizide ist das gesundheits- und umweltschädliche Glyphosat bzw. Round Up.

Industrielle Landwirtschaft: Landwirtschaft, die sich industrieller Produktionsweisen bedient und auf Effizienz abzielt, statt auf tier-, umwelt- und menschengerechte Erzeugung. Dazu gehören Spezialisierung (Monokultur), Technisierung, Massenproduktion, Einsatz von chemischen Düngemitteln, [Pestiziden](#), [Herbiziden](#) u. ä. Wird eher von großen Agrarkonzernen als von kleinbäuerlichen Höfen betrieben und zielt häufig auf den Export statt auf regionale Versorgung.

Inwertsetzung von Natur: Prozess des zur-Ware-Werdens von Natur. Z. B. erhält die CO₂-Aufnahmekapazität eines Waldes einen Geldwert. Die neue Ware kann dann über einen Markt gehandelt werden.

Klimagerechtigkeit: Der Klimawandel ist ein globales Phänomen – die historische Verantwortung ist aber ungleich verteilt. Die Forderung nach Klimagerechtigkeit bedeutet, dass die Industrieländer, welche die Erderwärmung verursacht haben, auch einen größeren Beitrag zu ihrer Bekämpfung leisten bzw. Länder des Globalen Südens für den ihnen zugefügten Schaden entschädigen sollten – zumindest, soweit das möglich ist. Auch soll Klimaschutz selbst nicht zu vermehrter Ungerechtigkeit oder zu Menschenrechtsverletzungen führen. Wenn sich aber reiche Länder und Personen die weitere Umweltzerstörung leisten dürfen, indem sie sich freikaufen, so ist dies ungerecht.

Kolonialismus: Die gewaltsame Unterwerfung auswärtiger Territorien (vor allem in den heutigen Americas und Afrika) durch europäische Länder. Strukturen und Machtverhältnisse, die sich zu jener Zeit entwickelt haben, existieren bis heute.

Kosten-Nutzen-Analyse: Eine der Grundlagen in der Ökonomie. Ein Beispiel: Liegen die „Kosten“ des Bäumeppflanzens unter denen des „Nutzens“ der Bäume (z. B. durch ihre Erholungsfunktion, ihre Klimaregulierungsleistung, etc.), werden Bäume gepflanzt. Oder eben andersherum.

Land Grabbing: Beschreibt die vielfachen Landaneignungen der letzten Jahren, wodurch Bodenpreise dramatisch ansteigen, viele Menschen vertrieben werden und sich Nutzungsformen des Landes ändern. Dies hat mehrere Gründe, insbesondere die Nutzung zur kommerziellen Nahrungsmittelproduktion, zur Energieproduktion, für Spekulationszwecke oder für gewisse Klima- und Umweltschutzmaßnahmen.

Marktbasiert: Nach ökonomischer Logik ausgerichtet bzw. Grundprinzipien des Marktes folgend, etwa Angebot & Nachfrage.

Menschenrechte: Grundlegende Rechte, die theoretisch allen Menschen zustehen. Erklärt von der UNO 1945 und in späteren Deklarationen. Zum Beispiel das Recht auf Versammlungsfreiheit oder auf Nahrung.

Monetarisierung: Wird „Natur“ monetarisiert, bekommt sie einen Geldwert.

Naturkapital: Begriff, der immer mehr von UN-Organisationen, Banken, Konzernen aber auch teilweise großen Umweltschutzorganisationen verwendet wird und den (Geld-)Wert von Natur ausdrücken soll.

Neoliberalisierung: Neoliberalismus ist eine ökonomische Strömung, die für den „freien Markt“ eintritt und davon ausgeht, dass möglichst wenig politische Einmischung notwendig sei. Neoliberalisierung heißt, dass sich unser Wirtschaftssystem immer neoliberaler und profitorientierter gestaltet.

Ökosystem: Biotop, Lebensraum mehrerer Organismen (z. B. ein Wald, ein Moor).

Pestizide: Vor allem chemische Pflanzenschutzmittel, die in der [industriellen Landwirtschaft](#) massiv gegen Schädlinge (wie Käfer, Läuse) eingesetzt werden.

Privatisierung: Übergang von Gemeinbesitz (z. B. von Staaten, Gemeinden, indigenen Völkern) zu Privatbesitz (z. B. von Einzelpersonen, Firmen, Konzernen).

Senke: Kohlenstoffdioxid-Speicher. Meist sind damit Ökosysteme wie Wälder oder Meere gemeint.

Subsidiarität: Zielt auf Selbstbestimmung und die Entfaltung eigener Fähigkeiten. Das, was auf kleiner Ebene (z. B. als Haushalt, Gemeinde) möglich ist, soll dort auch erzeugt oder entschieden werden. Nur, wenn es sinnvoll ist, soll die größere Ebene (z. B. Staat) aktiv werden.

TEEB-Studie: The Economics of Ecosystems and Biodiversity. Einflussreiche Studie von 2007, die versucht, auch [monetäre](#) Bewertungen für Ökosystemleistungen vorzunehmen.

Treibhausgase: Gasförmige Teilchen in der Luft, die die durchschnittliche Temperatur in der Atmosphäre anheben. Dazu zählen Kohlenstoffdioxid (CO₂), Methan, Lachgas und andere.

Verschmutzungsrechte: Mechanismus des Emissionshandels. Handelbare Gutschriften, die jemandem das Recht geben, die Atmosphäre zu verschmutzen.

Weltbank: Weltweite Entwicklungsbank, die „Entwicklungs- und Aufbauprojekte“ im [Globalen Süden](#) finanziert. Geldgeber sind verschiedene Staaten. Kritisiert wird die Weltbank u. a. dafür, dass ihre Projekte zu Menschenrechtsverletzungen führen und den geförderten Ländern eine [neoliberale](#) Wirtschaftsweise aufgedrängt wird.

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. - FDCL

Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin

www.fdcl.org

info@fdcl.org

Finance & Trade Watch

Neustiftgasse 36, 1070 Wien

www.ftwatch.at

info@ftwatch.at

Autorin: Magdalena Heuwieser

Lektorat/ Redaktion: Isabel Wille, Steffi Wassermann

Illustrationen/Layout: Paola Reyes

Druck: LASERLINE Berlin

Mit freundlicher Unterstützung der LEZ Berlin, gefördert von Engagement Global im Auftrag des BMZ und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das FDCL e. V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch der Europäischen Union wieder.

HERAUSGEGEBEN VON:



GEFÖRDERT VON:



Gefördert von Engagement
Global im Auftrag des
BMZ  Bundesministerium für
Wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

IN KOOPERATION MIT:



2015
Europäisches Jahr
für Entwicklung

Diese Arbeit ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0).

